

Bezugsbedingungen und Anzeigenpreise sind in der Morgenausgabe angegeben
Redaktion: SW. 68, Lindenstraße 3
Fernsprecher: Dönhoff 292-295
Tel.-Adresse: Sozialdemokrat Berlin

Vormwärts
Berliner Volksblatt

Verlag und Anzeigenabteilung: Geschäftszeit 9-5 Uhr

Verleger: Vormwärts-Verlag GmbH, Berlin SW. 68, Lindenstraße 3
Fernsprecher: Dönhoff 2508-2507

Zentralorgan der Vereinigten Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Das Echo der Rede Rosenbergs.

Paris, 17. April. (Eca.) Unter den Kommentaren, die die Pariser Presse der Rede des deutschen Außenministers von Rosenberg widmet, fällt allein derjenige des 'Matin' aus dem erwarteten Rahmen heraus. Dieses Blatt ist von den Organen der eigentlichen Regierungskreise das eigentliche, das die Ausführungen des deutschen Ministers nicht ganz schroff zurückweist und ablehnt. Das Blatt schreibt, der Teil der Rede, in der Rosenberg auf das deutsche Angebot zu sprechen kommt, das Bergmann der Pariser Konferenz überbringen sollte, sei interessant. Wenn Rosenberg heute zum erstenmal eine feste Zahl von offizieller Stelle aus nennt, so geschieht dies offenbar, um zu sondieren. Als Lord d'Abnon kürzlich auf Anweisung seiner Regierung hin Deutschland dazu anregte, Vorschläge zu machen, erklärte man ihm in der Wilhelmstraße: Wir werden keine Vorschläge machen, aber wir werden Richtlinien aufstellen. Die 30 Milliarden, von denen man nunmehr spreche, seien offenbar eine dieser Richtlinien. Rosenbergs 30 Milliarden seien offenbar von gewissen Voraussetzungen abhängig, so daß sie als eine tatsächliche Richtlinie nicht angesehen werden können. Aber vielleicht habe Lord d'Abnon geraten, sich nicht allzu weit vorzumagen. Trophem sei hier ein gewisses Nachgeben zu bemerken. Der 'Matin' erinnert alsdann an den Beginn der französisch-belgischen Verhandlungen über das gemeinsame Reparationsprogramm und sagt: Wir wollen den Wert dieser Verhandlungen keinesfalls übertreiben, aber man kann feststellen, daß über die Reparationsfrage in Paris ein nützlicher Meinungsaustausch stattgefunden hat und daß über die Absichten der französischen und belgischen Regierung keinerlei Mißverständnisse mehr möglich sind.

'Le Quotidien' schreibt, offensichtlich wolle der Minister nicht alle Brüden abbrechen. Man müsse auch anerkennen, daß in seiner Rede bemerkenswerterweise die Opfer angegeben werden, die Deutschland bereit sei zu bringen. Zweifellos bedeute das alles noch keine Einigung, aber es sei auch nicht mehr die brutale Weigerung der letzten Zeit. 'L'Evre' schreibt, die Rede Rosenbergs enthalte allerdings kein direktes und offizielles Angebot, das die Alliierten von Deutschland erwarren, aber sie erbringe den Beweis, daß die beiden Gegner sich in gewissen Punkten immer mehr nähern. Die 'Republique Francaise' nennt die Rede des Ministers eine Rede voller Schikane und Herausforderungen, die das Problem nicht fördert, sondern im Gegenteil die Alldeutschen ermutigt. Im 'Echo National' schreibt Lardieu, daß beide Gegner in ihren Stellungen verharren, und daß man nicht vorausagen könne, wann der Streit enden wird. Das Blatt wiederholt keine alte Weisheit, daß, wenn der Druck auf das Ruhrgebiet energischer gewesen wäre, die Dinge anders lägen und Deutschland weniger anmaßend wäre. Die Korrespondenten der französischen Blätter in Berlin lehnen die Rede Rosenbergs ab. Diese rednerische Manifestation, so dröhelt der Berichterstatter des 'Journal', wird zum wenigsten den Vorteil für Deutschland haben, daß es so gezeigt wird, wie es gewisse Utopisten gern sehen möchten. Der Berichterstatter des 'Echo de Paris' meint, das Wort 'faul' passe sehr gut auf das Memorandum, das Rosenberg mit monotoner Stimme vor dem Reichstag vorgelesen habe. Im Grunde genommen sei die Rede inhaltlos, als sie auf den ersten Blick erscheint. Diejenige Politiker, die von der deutschen Regierung positive Angaben erwartet hätten, dürften sehr enttäuscht worden sein. Der 'Figaro' schreibt: 'Reißen wir die Zähne zusammen und halten wir aus', sagte Herr von Rosenberg. In diesem Falle hat sich Herr von Rosenberg recht unglücklich ausgedrückt. Hat Deutschland die Absicht, auf die Vorschläge des Herrn Bergmann zurückzukommen, die dieser während der Pariser Konferenz im Januar nach Paris brachte? Es ist ganz überflüssig, sich mit ihnen zu beschäftigen, da sie ja Bedingungen voraussetzen, die wir nicht annehmen können. Besonders bemerkenswert erscheint dem Blatt die Äußerung Herrn von Rosenbergs, wonach Deutschland sich durch die Ergreifung der Pfänder sehr behindert fühlt. 'Deutschland beißt die Zähne zusammen, aber es fängt bereits an zu stöhnen'. 'Zeit Parisien' ist von der Rede verblüfft. Weder Frankreich noch Belgien würden vor der Kapitulation Deutschlands nachgeben. Keine von beiden Mächten habe es eilig. Deutschland müsse sich entscheiden, ob es sein eigenes Verderben der Erfüllung und Ausföhrung der geschlossenen Verträge vorzieht.

Paris, 17. April. (Eca.) Unter den Kommentaren, die die Pariser Presse der Rede des deutschen Außenministers von Rosenberg widmet, fällt allein derjenige des 'Matin' aus dem erwarteten Rahmen heraus. Dieses Blatt ist von den Organen der eigentlichen Regierungskreise das eigentliche, das die Ausführungen des deutschen Ministers nicht ganz schroff zurückweist und ablehnt. Das Blatt schreibt, der Teil der Rede, in der Rosenberg auf das deutsche Angebot zu sprechen kommt, das Bergmann der Pariser Konferenz überbringen sollte, sei interessant. Wenn Rosenberg heute zum erstenmal eine feste Zahl von offizieller Stelle aus nennt, so geschieht dies offenbar, um zu sondieren. Als Lord d'Abnon kürzlich auf Anweisung seiner Regierung hin Deutschland dazu anregte, Vorschläge zu machen, erklärte man ihm in der Wilhelmstraße: Wir werden keine Vorschläge machen, aber wir werden Richtlinien aufstellen. Die 30 Milliarden, von denen man nunmehr spreche, seien offenbar eine dieser Richtlinien. Rosenbergs 30 Milliarden seien offenbar von gewissen Voraussetzungen abhängig, so daß sie als eine tatsächliche Richtlinie nicht angesehen werden können. Aber vielleicht habe Lord d'Abnon geraten, sich nicht allzu weit vorzumagen. Trophem sei hier ein gewisses Nachgeben zu bemerken. Der 'Matin' erinnert alsdann an den Beginn der französisch-belgischen Verhandlungen über das gemeinsame Reparationsprogramm und sagt: Wir wollen den Wert dieser Verhandlungen keinesfalls übertreiben, aber man kann feststellen, daß über die Reparationsfrage in Paris ein nützlicher Meinungsaustausch stattgefunden hat und daß über die Absichten der französischen und belgischen Regierung keinerlei Mißverständnisse mehr möglich sind.

'Le Quotidien' schreibt, offensichtlich wolle der Minister nicht alle Brüden abbrechen. Man müsse auch anerkennen, daß in seiner Rede bemerkenswerterweise die Opfer angegeben werden, die Deutschland bereit sei zu bringen. Zweifellos bedeute das alles noch keine Einigung, aber es sei auch nicht mehr die brutale Weigerung der letzten Zeit. 'L'Evre' schreibt, die Rede Rosenbergs enthalte allerdings kein direktes und offizielles Angebot, das die Alliierten von Deutschland erwarren, aber sie erbringe den Beweis, daß die beiden Gegner sich in gewissen Punkten immer mehr nähern. Die 'Republique Francaise' nennt die Rede des Ministers eine Rede voller Schikane und Herausforderungen, die das Problem nicht fördert, sondern im Gegenteil die Alldeutschen ermutigt. Im 'Echo National' schreibt Lardieu, daß beide Gegner in ihren Stellungen verharren, und daß man nicht vorausagen könne, wann der Streit enden wird. Das Blatt wiederholt keine alte Weisheit, daß, wenn der Druck auf das Ruhrgebiet energischer gewesen wäre, die Dinge anders lägen und Deutschland weniger anmaßend wäre. Die Korrespondenten der französischen Blätter in Berlin lehnen die Rede Rosenbergs ab. Diese rednerische Manifestation, so dröhelt der Berichterstatter des 'Journal', wird zum wenigsten den Vorteil für Deutschland haben, daß es so gezeigt wird, wie es gewisse Utopisten gern sehen möchten. Der Berichterstatter des 'Echo de Paris' meint, das Wort 'faul' passe sehr gut auf das Memorandum, das Rosenberg mit monotoner Stimme vor dem Reichstag vorgelesen habe. Im Grunde genommen sei die Rede inhaltlos, als sie auf den ersten Blick erscheint. Diejenige Politiker, die von der deutschen Regierung positive Angaben erwartet hätten, dürften sehr enttäuscht worden sein. Der 'Figaro' schreibt: 'Reißen wir die Zähne zusammen und halten wir aus', sagte Herr von Rosenberg. In diesem Falle hat sich Herr von Rosenberg recht unglücklich ausgedrückt. Hat Deutschland die Absicht, auf die Vorschläge des Herrn Bergmann zurückzukommen, die dieser während der Pariser Konferenz im Januar nach Paris brachte? Es ist ganz überflüssig, sich mit ihnen zu beschäftigen, da sie ja Bedingungen voraussetzen, die wir nicht annehmen können. Besonders bemerkenswert erscheint dem Blatt die Äußerung Herrn von Rosenbergs, wonach Deutschland sich durch die Ergreifung der Pfänder sehr behindert fühlt. 'Deutschland beißt die Zähne zusammen, aber es fängt bereits an zu stöhnen'. 'Zeit Parisien' ist von der Rede verblüfft. Weder Frankreich noch Belgien würden vor der Kapitulation Deutschlands nachgeben. Keine von beiden Mächten habe es eilig. Deutschland müsse sich entscheiden, ob es sein eigenes Verderben der Erfüllung und Ausföhrung der geschlossenen Verträge vorzieht.

Paris, 17. April. (Eca.) Unter den Kommentaren, die die Pariser Presse der Rede des deutschen Außenministers von Rosenberg widmet, fällt allein derjenige des 'Matin' aus dem erwarteten Rahmen heraus. Dieses Blatt ist von den Organen der eigentlichen Regierungskreise das eigentliche, das die Ausführungen des deutschen Ministers nicht ganz schroff zurückweist und ablehnt. Das Blatt schreibt, der Teil der Rede, in der Rosenberg auf das deutsche Angebot zu sprechen kommt, das Bergmann der Pariser Konferenz überbringen sollte, sei interessant. Wenn Rosenberg heute zum erstenmal eine feste Zahl von offizieller Stelle aus nennt, so geschieht dies offenbar, um zu sondieren. Als Lord d'Abnon kürzlich auf Anweisung seiner Regierung hin Deutschland dazu anregte, Vorschläge zu machen, erklärte man ihm in der Wilhelmstraße: Wir werden keine Vorschläge machen, aber wir werden Richtlinien aufstellen. Die 30 Milliarden, von denen man nunmehr spreche, seien offenbar eine dieser Richtlinien. Rosenbergs 30 Milliarden seien offenbar von gewissen Voraussetzungen abhängig, so daß sie als eine tatsächliche Richtlinie nicht angesehen werden können. Aber vielleicht habe Lord d'Abnon geraten, sich nicht allzu weit vorzumagen. Trophem sei hier ein gewisses Nachgeben zu bemerken. Der 'Matin' erinnert alsdann an den Beginn der französisch-belgischen Verhandlungen über das gemeinsame Reparationsprogramm und sagt: Wir wollen den Wert dieser Verhandlungen keinesfalls übertreiben, aber man kann feststellen, daß über die Reparationsfrage in Paris ein nützlicher Meinungsaustausch stattgefunden hat und daß über die Absichten der französischen und belgischen Regierung keinerlei Mißverständnisse mehr möglich sind.

'Le Quotidien' schreibt, offensichtlich wolle der Minister nicht alle Brüden abbrechen. Man müsse auch anerkennen, daß in seiner Rede bemerkenswerterweise die Opfer angegeben werden, die Deutschland bereit sei zu bringen. Zweifellos bedeute das alles noch keine Einigung, aber es sei auch nicht mehr die brutale Weigerung der letzten Zeit. 'L'Evre' schreibt, die Rede Rosenbergs enthalte allerdings kein direktes und offizielles Angebot, das die Alliierten von Deutschland erwarren, aber sie erbringe den Beweis, daß die beiden Gegner sich in gewissen Punkten immer mehr nähern. Die 'Republique Francaise' nennt die Rede des Ministers eine Rede voller Schikane und Herausforderungen, die das Problem nicht fördert, sondern im Gegenteil die Alldeutschen ermutigt. Im 'Echo National' schreibt Lardieu, daß beide Gegner in ihren Stellungen verharren, und daß man nicht vorausagen könne, wann der Streit enden wird. Das Blatt wiederholt keine alte Weisheit, daß, wenn der Druck auf das Ruhrgebiet energischer gewesen wäre, die Dinge anders lägen und Deutschland weniger anmaßend wäre. Die Korrespondenten der französischen Blätter in Berlin lehnen die Rede Rosenbergs ab. Diese rednerische Manifestation, so dröhelt der Berichterstatter des 'Journal', wird zum wenigsten den Vorteil für Deutschland haben, daß es so gezeigt wird, wie es gewisse Utopisten gern sehen möchten. Der Berichterstatter des 'Echo de Paris' meint, das Wort 'faul' passe sehr gut auf das Memorandum, das Rosenberg mit monotoner Stimme vor dem Reichstag vorgelesen habe. Im Grunde genommen sei die Rede inhaltlos, als sie auf den ersten Blick erscheint. Diejenige Politiker, die von der deutschen Regierung positive Angaben erwartet hätten, dürften sehr enttäuscht worden sein. Der 'Figaro' schreibt: 'Reißen wir die Zähne zusammen und halten wir aus', sagte Herr von Rosenberg. In diesem Falle hat sich Herr von Rosenberg recht unglücklich ausgedrückt. Hat Deutschland die Absicht, auf die Vorschläge des Herrn Bergmann zurückzukommen, die dieser während der Pariser Konferenz im Januar nach Paris brachte? Es ist ganz überflüssig, sich mit ihnen zu beschäftigen, da sie ja Bedingungen voraussetzen, die wir nicht annehmen können. Besonders bemerkenswert erscheint dem Blatt die Äußerung Herrn von Rosenbergs, wonach Deutschland sich durch die Ergreifung der Pfänder sehr behindert fühlt. 'Deutschland beißt die Zähne zusammen, aber es fängt bereits an zu stöhnen'. 'Zeit Parisien' ist von der Rede verblüfft. Weder Frankreich noch Belgien würden vor der Kapitulation Deutschlands nachgeben. Keine von beiden Mächten habe es eilig. Deutschland müsse sich entscheiden, ob es sein eigenes Verderben der Erfüllung und Ausföhrung der geschlossenen Verträge vorzieht.

Paris, 17. April. (Eca.) Unter den Kommentaren, die die Pariser Presse der Rede des deutschen Außenministers von Rosenberg widmet, fällt allein derjenige des 'Matin' aus dem erwarteten Rahmen heraus. Dieses Blatt ist von den Organen der eigentlichen Regierungskreise das eigentliche, das die Ausführungen des deutschen Ministers nicht ganz schroff zurückweist und ablehnt. Das Blatt schreibt, der Teil der Rede, in der Rosenberg auf das deutsche Angebot zu sprechen kommt, das Bergmann der Pariser Konferenz überbringen sollte, sei interessant. Wenn Rosenberg heute zum erstenmal eine feste Zahl von offizieller Stelle aus nennt, so geschieht dies offenbar, um zu sondieren. Als Lord d'Abnon kürzlich auf Anweisung seiner Regierung hin Deutschland dazu anregte, Vorschläge zu machen, erklärte man ihm in der Wilhelmstraße: Wir werden keine Vorschläge machen, aber wir werden Richtlinien aufstellen. Die 30 Milliarden, von denen man nunmehr spreche, seien offenbar eine dieser Richtlinien. Rosenbergs 30 Milliarden seien offenbar von gewissen Voraussetzungen abhängig, so daß sie als eine tatsächliche Richtlinie nicht angesehen werden können. Aber vielleicht habe Lord d'Abnon geraten, sich nicht allzu weit vorzumagen. Trophem sei hier ein gewisses Nachgeben zu bemerken. Der 'Matin' erinnert alsdann an den Beginn der französisch-belgischen Verhandlungen über das gemeinsame Reparationsprogramm und sagt: Wir wollen den Wert dieser Verhandlungen keinesfalls übertreiben, aber man kann feststellen, daß über die Reparationsfrage in Paris ein nützlicher Meinungsaustausch stattgefunden hat und daß über die Absichten der französischen und belgischen Regierung keinerlei Mißverständnisse mehr möglich sind.

Kühle Aufnahme in England.

London, 17. April. (WIB.) Der Berliner Berichterstatter der 'Times', der seinem Blatte einen sehr ausführlichen Bericht über die Rede von Rosenbergs gesandt hat, den 'Times' unter der Ueberschrift 'Das deutsche Angebot' veröffentlicht, schreibt, es sei kaum wahrscheinlich, daß die Forderung nach einem neuen Angebot durch die Rede Rosenbergs befriedigt sein werde. Wenn die Rede des deutschen Außenministers als Gegenstück zu der Rede Poincarés dienen sollte, so hätte sie niemals gehalten zu werden brauchen. Sie hätte jederzeit seit Weihnachten gehalten werden können, denn sie bringe die Lage nicht um einen Zoll weiter als sie damals stand. Die Rede enthalte kein Anzeichen einer positiven Politik oder auch nur eines Fortschritts in Richtung auf eine solche Politik. Sie sei ein Nid glatter Verneinung. Das Arbeiterblatt 'Daily Herald' veröffentlicht eine Zusammenfassung der Rede unter der Ueberschrift: 'Deutschland macht kein neues Angebot'. Der Berliner Berichterstatter des Blattes schreibt, bezüglich positiver Vorschläge für die Zukunft sei

Paris, 17. April. (Eca.) Unter den Kommentaren, die die Pariser Presse der Rede des deutschen Außenministers von Rosenberg widmet, fällt allein derjenige des 'Matin' aus dem erwarteten Rahmen heraus. Dieses Blatt ist von den Organen der eigentlichen Regierungskreise das eigentliche, das die Ausführungen des deutschen Ministers nicht ganz schroff zurückweist und ablehnt. Das Blatt schreibt, der Teil der Rede, in der Rosenberg auf das deutsche Angebot zu sprechen kommt, das Bergmann der Pariser Konferenz überbringen sollte, sei interessant. Wenn Rosenberg heute zum erstenmal eine feste Zahl von offizieller Stelle aus nennt, so geschieht dies offenbar, um zu sondieren. Als Lord d'Abnon kürzlich auf Anweisung seiner Regierung hin Deutschland dazu anregte, Vorschläge zu machen, erklärte man ihm in der Wilhelmstraße: Wir werden keine Vorschläge machen, aber wir werden Richtlinien aufstellen. Die 30 Milliarden, von denen man nunmehr spreche, seien offenbar eine dieser Richtlinien. Rosenbergs 30 Milliarden seien offenbar von gewissen Voraussetzungen abhängig, so daß sie als eine tatsächliche Richtlinie nicht angesehen werden können. Aber vielleicht habe Lord d'Abnon geraten, sich nicht allzu weit vorzumagen. Trophem sei hier ein gewisses Nachgeben zu bemerken. Der 'Matin' erinnert alsdann an den Beginn der französisch-belgischen Verhandlungen über das gemeinsame Reparationsprogramm und sagt: Wir wollen den Wert dieser Verhandlungen keinesfalls übertreiben, aber man kann feststellen, daß über die Reparationsfrage in Paris ein nützlicher Meinungsaustausch stattgefunden hat und daß über die Absichten der französischen und belgischen Regierung keinerlei Mißverständnisse mehr möglich sind.

Rosenbergs Rede dunkel gehalten. Allgemein könne gesagt werden, daß Rosenberg nichts Neues anbiete, und es bestehe Grund zu der Annahme, daß die deutsche Regierung der Ansicht sei, daß, wenn sie den Kampf im Ruhrgebiet fortsetze, eine günstigere Lage früher oder später entstehen werde. Der diplomatische Berichterstatter des 'Daily Telegraph' führt aus, Rosenbergs 'Angebot' sei eine Erneuerung des Bergmann im Januar mitgegebenen von 30 Milliarden Goldmark. Es sei jedoch von dem deutschen Außenminister zu verstehen gegeben worden, daß, wenn die Alliierten den Vorschlag des Staatssekretärs Hughes für die Festlegung des Entschädigungs-Gesamtbetrages durch eine internationale Körperschaft von Sachverständigen annehmen, und diese Körperschaft eine höhere Summe als 30 Milliarden festsetzen würde, Deutschland sich dieser Entscheidung füge werde. Insofern stelle das neue deutsche Angebot einen wesentlichen Fortschritt über frühere Angebote hinaus dar (abgesehen von dem Angebot von 100 Milliarden im Jahre 1919, das die Alliierten damals ablehnten). Es sei jedoch kein genügender Fortschritt, um Frankreich zu befriedigen oder die offizielle Unterstützung anderer alliierter Regierungen zu rechtfertigen. Es sei sehr schade, daß politische Prahlerei in Berlin Reichkanzler Cuno und seine Regierung daran gehindert habe, eine Summe von 40 Milliarden zu unterbreiten, die nicht vollkommen hätte verworfen werden können, jedenfalls nicht als eine mögliche Erweiterungsgrundlage. Dies sei die allgemeine Ansicht in London, und dies sei auch der Rat, der Berlin von London erteilt worden ist, anscheinend jedoch nur mit geringem Erfolge. Dem Berichterstatter zufolge ist Poincaré dafür, daß die britische Regierung weitere Schritte unternimmt, um stärkeren Druck auf Deutschland auszuüben; aber das Wie? sei sehr schwierig zu sagen. Der französische Botschafter habe gestern im Zusammenhang mit tausenden Geschaften beim Foreign Office vorgesprochen. Der Pariser Berichterstatter der 'Daily Mail' meldet, man sei dort der Ansicht, daß die gestrige Rede Rosenbergs das Reparationsproblem in keiner Weise vorwärtsgebracht habe. Der Berliner Berichterstatter der 'Westminster Gazette' schreibt, Rosenberg habe es klar gemacht, daß Deutschland bestraft sei, einen riesigen Betrag zu zahlen. Der Berliner Berichterstatter der 'Daily News' nennt den Ton der Rede des deutschen Außenministers wichtiger als den Inhalt. Es sei klar geworden, daß die deutsche Regierung die vorzhälischen Strömungen innerhalb und außerhalb Deutschlands zur Kenntnis genommen habe. 'Morningpost' äußert in einem Beitrage, die Rede Poincarés in Dinkirchen und die gestrige Reichstagsrede Rosenbergs brächten keine Hoffnung auf eine baldige Regelung in der Ruhrfrage mit sich.

Paris, 17. April. (Eca.) Die Pariser Blätter veröffentlichen einen Bericht des Reuter-Bureaus über die Besprechung zwischen Poincaré und den französischen Mitgliedern der Reparationskommission in der Frage der Verbreitung des französisch-belgischen Reparationsprojektes. Die Reuter-Rote, die offensichtlich von der Pressestelle des Quai d'Orsay inspiriert ist, erklärt, die französischen und die belgischen Sachverständigen hätten nicht die Aufgabe, die Reparationen auszuarbeiten, sondern lediglich die Auffassungen ihrer Regierungen einander anzupassen. Da es sich nicht um einen neuen Plan handele, sei eine nähere Mittelung an die englische Regierung unnötig. Jedoch könne die englische Regierung alle Informationen erhalten, die sie haben wolle. Die französische Regierung, so heißt es weiter, bleibe natürlich immer bestrebt, den engen Kontakt mit England durch Vermittlung der Kanzleien aufrechtzuerhalten, und es bestehe kein Zweifel darüber, daß jedes Verlangen Englands nach Aufklärung über die französischen und belgischen Pläne erfüllt werden würde. In der Frage der Sicherheiten stellt das Reuter-Bureau fest, daß nach Ansicht der französischen Regierung die Fristen für die Räumung des Rheinlandes noch nicht zu laufen begonnen haben.

Der französisch-belgische Plan.

Paris, 17. April. (Eca.) Die Pariser Blätter veröffentlichen einen Bericht des Reuter-Bureaus über die Besprechung zwischen Poincaré und den französischen Mitgliedern der Reparationskommission in der Frage der Verbreitung des französisch-belgischen Reparationsprojektes. Die Reuter-Rote, die offensichtlich von der Pressestelle des Quai d'Orsay inspiriert ist, erklärt, die französischen und die belgischen Sachverständigen hätten nicht die Aufgabe, die Reparationen auszuarbeiten, sondern lediglich die Auffassungen ihrer Regierungen einander anzupassen. Da es sich nicht um einen neuen Plan handele, sei eine nähere Mittelung an die englische Regierung unnötig. Jedoch könne die englische Regierung alle Informationen erhalten, die sie haben wolle. Die französische Regierung, so heißt es weiter, bleibe natürlich immer bestrebt, den engen Kontakt mit England durch Vermittlung der Kanzleien aufrechtzuerhalten, und es bestehe kein Zweifel darüber, daß jedes Verlangen Englands nach Aufklärung über die französischen und belgischen Pläne erfüllt werden würde. In der Frage der Sicherheiten stellt das Reuter-Bureau fest, daß nach Ansicht der französischen Regierung die Fristen für die Räumung des Rheinlandes noch nicht zu laufen begonnen haben.

Labour Party und Ruhrbesetzung.

London, 17. April. (WIB.) Dem Parlamentsberichterstatter der 'Times' zufolge wird die Arbeiterfraktion heute vormittag von neuem den Bericht ihrer offiziellen Abordnung erwägen, die vor kurzem das Ruhrgebiet besucht hat. Der Bericht sei bereits am letzten Donnerstag erörtert worden, aber die Partei sei damals nicht in der Lage gewesen, eine Uebereinstimmung zu erzielen. Die Frage wurde deshalb zur weiteren Erwägung an den Vollzugsausschuß zurückverwiesen. Es verlautet, daß die Haupt Schwierigkeit den in dem Bericht enthaltenen Vorschlag betreffe, daß die britischen Truppen unverzüglich aus dem besetzten Deutschland zurückgezogen werden sollten.

Nachfrage nach Valuten.

Gestern trat am Devisenmarkt verstärkte Nachfrage für Valuten hervor. Die Industrie sowie der Handel setzten ihre Käufe im heutigen Frühverkehr unermindert fort. Während der Dollar eine Veränderung nach oben kaum auswies, auch Noten eher schwächer blieben, steigerten sich die anderen Devisen unter Führung der Pfunde. Am Mittagsverkehr blieb das Bild wenig verändert. Es notierten England 98 500, Holland 5700, Frankreich 1420, Belgien 1225, Schweiz 3570, Dänemark die größten amtlich ungefähr auf 3700 zurückgingen, stellten sich heute wieder 3320. Die Effekten eröffneten ihren heutigen Verkehr in ziemlich uneinheitlicher Tendenz. Man rechnete auf allen Gebieten mit weiteren stärkeren Realisationen. Die zweiten Notierungen brachten aber ein allgemein festeres Kursniveau hervor.

Nachfrage nach Valuten.

Gestern trat am Devisenmarkt verstärkte Nachfrage für Valuten hervor. Die Industrie sowie der Handel setzten ihre Käufe im heutigen Frühverkehr unermindert fort. Während der Dollar eine Veränderung nach oben kaum auswies, auch Noten eher schwächer blieben, steigerten sich die anderen Devisen unter Führung der Pfunde. Am Mittagsverkehr blieb das Bild wenig verändert. Es notierten England 98 500, Holland 5700, Frankreich 1420, Belgien 1225, Schweiz 3570, Dänemark die größten amtlich ungefähr auf 3700 zurückgingen, stellten sich heute wieder 3320. Die Effekten eröffneten ihren heutigen Verkehr in ziemlich uneinheitlicher Tendenz. Man rechnete auf allen Gebieten mit weiteren stärkeren Realisationen. Die zweiten Notierungen brachten aber ein allgemein festeres Kursniveau hervor.

Nachfrage nach Valuten.

Gestern trat am Devisenmarkt verstärkte Nachfrage für Valuten hervor. Die Industrie sowie der Handel setzten ihre Käufe im heutigen Frühverkehr unermindert fort. Während der Dollar eine Veränderung nach oben kaum auswies, auch Noten eher schwächer blieben, steigerten sich die anderen Devisen unter Führung der Pfunde. Am Mittagsverkehr blieb das Bild wenig verändert. Es notierten England 98 500, Holland 5700, Frankreich 1420, Belgien 1225, Schweiz 3570, Dänemark die größten amtlich ungefähr auf 3700 zurückgingen, stellten sich heute wieder 3320. Die Effekten eröffneten ihren heutigen Verkehr in ziemlich uneinheitlicher Tendenz. Man rechnete auf allen Gebieten mit weiteren stärkeren Realisationen. Die zweiten Notierungen brachten aber ein allgemein festeres Kursniveau hervor.

Ein Volksbegehren?

Die Aktion des Reichsbundes für Siedlung und Pachtung.

Vom Parteivorstand wird uns geschrieben: Der Reichsbund für Siedlung und Pachtung, eine Organisation von Bodenreformern, hat beim Reichsminister des Innern einen Gesetzentwurf eingereicht, der die Beschaffung von Siedlungsland fordert. Gleichzeitig hat der Reichsbund das Zulassungs- und Eintragungsverfahren für einen Volksentscheid über den Gesetzentwurf beantragt. Da sich der Antrag auf mehr als 5000 Unterschriften von Reichstagswählern stützt, muß der Reichsminister des Innern ihm nach dem Gesetz über den Volksentscheid vom 27. Juni 1921 stattgeben. Nunmehr hat der Antragsteller, also der Reichsbund für Siedlung und Pachtung, vorchriftsmäßige Eintragungslisten zu beschaffen, und die Gemeindebehörden müssen den Reichstagswählern Gelegenheit geben, sich in die Listen eigenhändig einzutragen. Für die Eintragung ist vom Reichsminister des Innern eine zwölfwältige Frist, vom 18. April bis 1. Mai, festgesetzt worden. Wenn in dieser Zeit ein Zehntel der Reichstagswähler sich in die Listen einträgt und damit ein Volksbegehren stellt, muß der Reichsminister des Innern den vom Reichsbund eingereichten Gesetzentwurf dem Reichstage vorlegen. Nimmt der Reichstag, und später der Reichsrat, den Entwurf unverändert an, so ist er damit Gesetz geworden. Verändert der Reichstag aber den Gesetzentwurf, so kommt es zum Volksentscheid. Die Reichstagswähler stimmen dann darüber ab, ob der ursprüngliche oder der vom Reichstag veränderte Entwurf Gesetz werden soll. Der ursprüngliche Entwurf wird nur dann Gesetz, wenn die Mehrheit der Reichstagswähler an der Abstimmung teilgenommen, und die Mehrheit der Abstimmenden sich dafür erklärt hat. Andernfalls bleibt es bei dem vom Reichstag abgeänderten Gesetz. Der vom Reichsbund für Siedlung und Pachtung vorgelegte Gesetzentwurf hat folgenden Wortlaut: § 1. Zu einer Uekernahrung im Sinne des § 1 des Reichs-siedlungsgesetzes vom 11. August 1919 (RGBl. S. 1429) gehören bei Bodenklasse I 50 Morgen, bei Bodenklasse II 60 Morgen, bei Bodenklasse III 70 Morgen, bei Bodenklasse IV 80 Morgen, bei Bodenklasse V 100 Morgen, bei Bodenklasse VI 120 Morgen, bei Bodenklasse VII 180 Morgen, bei Bodenklasse VIII und noch geringerer Bodenklasse 200 Morgen. § 2. Wer an Land, Wiesen und Wald mehr als zwei volle Uekernahrungen besitzt, ist verpflichtet, ein Drittel der die zweite Uekernahrung übersteigender Fläche an das Land, in welchem sich der Grundbesitz befindet, ohne Entschädigung abzutreten. § 3. Die Ländel haben diese von den Großgrundbesitzern übernommenen Flächen bis zum Umfang einer Uekernahrung an solche Familien in Erbpacht zu vergeben, die noch kein Land oder noch keine volle Uekernahrung besitzen. § 4. Die Höhe der Erbpacht beträgt 5 Proz. des Wertes der Grundstücke im Jahre 1914. Die Einziehung der Erbpacht erfolgt durch die Verwaltungsbehörden. § 5. Soweit auf Grund des § 2 Waldflächen an die Ländel abgetreten werden, sind sie zur Gewährleistung einer ordnungsmäßigen Bewirtschaftung vom Staate zu verwalten. § 6. Solange keine Familien auf Uebertragung der Grundflächen antworten, kann das Land die Grundflächen in größtem Umfange an die bisherigen Besitzer oder an andere Landwirte in Zeilpacht zur Bewirtschaftung überlassen. Die Zeilpacht ist in solchen Fällen nach § 4 zu berechnen. Dieser Gesetzentwurf ist ohne vorherige Führungnahme mit den politischen Parteien ausgearbeitet und eingereicht worden. Auf seinen Inhalt und seine Formulierung hat auch unsere Partei keinen Einfluß gehabt. Die Organisation des Volksbegehrens ist ebenfalls nur vom Reichsbund für Siedlung und Pachtung in Angriff genommen worden, anscheinend ohne Kenntnis der dafür erforderlichen großen Mittel und Kräfte, so daß es fraglich ist, ob das Volksbegehren überhaupt zustandekommt. Gelangt der Entwurf aber an den Reichstag, so wird unsere Partei ihn durch entsprechende Anträge in sozialistischem Sinne umzugestalten versuchen. Der Entwurf geht lediglich von dem Siedlerverlangen nach Land aus und will nicht nur Großbetriebe, sondern unterschiedslos auch Mittelbetriebe zur Landabtretung für Siedler zwingen, um möglichst viele sich selbst genügende Uekernahrungen zu schaffen. In einem ausgesprochenen Industrielande wie Deutschland muß aber die landwirtschaftliche Boden-nutzung über den Eigenbedarf der landwirtschaftlichen Betriebe hinaus möglichst hohe Erträge für die Lebensmittelverföhrung der Städte und Industriebezirke liefern, wenn nicht die Volksernährung völlig vom Zustande abhängig werden soll. Wir können daher nicht schematisch, lediglich wegen des Verlangens nach Siedlungsland, intensio und gut wirtschaftende landwirtschaftliche Mittel- und Großbetriebe in keine Uekernahrungen zerschlagen, die keine nennenswerten Ueberflüsse für die allgemeine Volksernährung liefern. In diesem Sinne ist der Gesetzentwurf des Reichsbundes umzugestalten.

Die Reichstagsfraktion der Vereinigten Sozialdemokratischen Partei Deutschlands hat bereits aus eigener Initiative die Frage der Bodenreform in Fluß gebracht. Sie hat durch eine Kommission eine Entschlieung ausarbeiten lassen, in der die Reichsregierung aufgefordert wird, die in der Reichsverfassung verheißene Reform der Bodenverteilung durchzuführen. Die Fraktion hat ferner einen Gesetzentwurf in Vorbereitung, nach dem eine planmäßige

Die Reichstagsfraktion der Vereinigten Sozialdemokratischen Partei Deutschlands hat bereits aus eigener Initiative die Frage der Bodenreform in Fluß gebracht. Sie hat durch eine Kommission eine Entschlieung ausarbeiten lassen, in der die Reichsregierung aufgefordert wird, die in der Reichsverfassung verheißene Reform der Bodenverteilung durchzuführen. Die Fraktion hat ferner einen Gesetzentwurf in Vorbereitung, nach dem eine planmäßige

Die Reichstagsfraktion der Vereinigten Sozialdemokratischen Partei Deutschlands hat bereits aus eigener Initiative die Frage der Bodenreform in Fluß gebracht. Sie hat durch eine Kommission eine Entschlieung ausarbeiten lassen, in der die Reichsregierung aufgefordert wird, die in der Reichsverfassung verheißene Reform der Bodenverteilung durchzuführen. Die Fraktion hat ferner einen Gesetzentwurf in Vorbereitung, nach dem eine planmäßige

Die Reichstagsfraktion der Vereinigten Sozialdemokratischen Partei Deutschlands hat bereits aus eigener Initiative die Frage der Bodenreform in Fluß gebracht. Sie hat durch eine Kommission eine Entschlieung ausarbeiten lassen, in der die Reichsregierung aufgefordert wird, die in der Reichsverfassung verheißene Reform der Bodenverteilung durchzuführen. Die Fraktion hat ferner einen Gesetzentwurf in Vorbereitung, nach dem eine planmäßige

Die Reichstagsfraktion der Vereinigten Sozialdemokratischen Partei Deutschlands hat bereits aus eigener Initiative die Frage der Bodenreform in Fluß gebracht. Sie hat durch eine Kommission eine Entschlieung ausarbeiten lassen, in der die Reichsregierung aufgefordert wird, die in der Reichsverfassung verheißene Reform der Bodenverteilung durchzuführen. Die Fraktion hat ferner einen Gesetzentwurf in Vorbereitung, nach dem eine planmäßige

Die Reichstagsfraktion der Vereinigten Sozialdemokratischen Partei Deutschlands hat bereits aus eigener Initiative die Frage der Bodenreform in Fluß gebracht. Sie hat durch eine Kommission eine Entschlieung ausarbeiten lassen, in der die Reichsregierung aufgefordert wird, die in der Reichsverfassung verheißene Reform der Bodenverteilung durchzuführen. Die Fraktion hat ferner einen Gesetzentwurf in Vorbereitung, nach dem eine planmäßige

Enteignung des Großgrundbesitzes über 30 Hektar zum Zwecke rationellerer Bewirtschaftung durchgeführt und ein Teil des enteigneten Bodens sofort für Siedlungszwecke zur Verfügung gestellt werden soll. Damit wird sowohl dem berechtigten Verlangen nach Bereitstellung von Siedlungsland, wie der Notwendigkeit entsprochen, die landwirtschaftliche Produktion im Interesse der Volksernährung weiter zu steigern.

Bei dieser Sachlage, die für unsere Partei die Möglichkeit offen läßt, im Reichstage Anträge zur Umgestaltung des vom Reichsbund für Siedlung und Pachtung eingereichten Gesetzesentwurfes im Sinne unserer eigenen Entschliebung und unseres eigenen Gesetzesentwurfes zu stellen, liegt trotz der betonten Mängel des Entwurfs für unsere Partei kein Grund vor, gegen das eingeleitete Volksbegehren Stellung zu nehmen. Andererseits kann es nicht Aufgabe unserer Parteiorganisation sein, die Sache des Reichsbundes für Siedlung und Pachtung zur ihren zu machen. Deshalb können wir unseren Parteigenossen auch nicht empfehlen, sich durch Einzeichnung in die Eintragungskisten an dem eingeleiteten Volksbegehren zu beteiligen.

Inzwischen hat der Reichsbund für Siedlung und Pachtung beschlossen, den ursprünglich eingereichten Gesetzesentwurf fallen zu lassen und ihn in unwesentlich veränderter Form neu einzureichen. Für unsere Partei wird die Stellungnahme dadurch nicht verändert.

„Numerus clausus“.

Eine Gefahr für die Entwicklung der Schule.

Kultusminister Boelzig hat dem Landtag den Entwurf einer Verordnung zugehen lassen, die den „numerus clausus“ für die Bewerber des höheren Schulwesens einführt, die Zahl der Schulamtskandidaten also künstlich beschränkt. Nach dem Entwurf sollen von den zurzeit vorhandenen 4000 Studienassessoren 2000 in eine Anwärterliste aufgenommen, die übrigen aber nur nach Maßgabe der freierwerdenden Stellen jährlich eingereiht werden. Die ersten 2000 nach den alten Bestimmungen (auf Grund des Anwärterdienstalters), die nachfolgenden zu einem von Jahr zu Jahr stets geringer werdenden Hundertsatz, alle anderen nach Maßgabe ihrer Eignung als Lehrer und Erzieher.

Bei der starken Ueberfüllung, dem Rückgang der freierwerdenden Stellen und der Unmöglichkeit, die unbeschäftigten Studienassessoren finanziell zu unterstützen, ist die Zahlbeschränkung eine Maßnahme, die wohl kaum zu umgehen ist. Zumal auch das Beamtenstellenmangel eine solche Begrenzung durch die Bestimmung verlangt, daß die Anwärterdienstzeit nicht mehr als fünf Jahre betragen soll. Große Bedenken aber erregt die Absicht, die Auswahl der nicht nach den alten Bestimmungen einzureichenden Bewerber den Provinzialschulkollegien zu überlassen. Diese Behörden sind bekanntlich, von den wenigen linksstehenden Mitgliedern abgesehen, der Sammelpunkt der schulpolitischen Reaktion und, wie ihnen vor einigen Tagen sogar ein volksparteilicher Abgeordneter im Landtag vorgeworfen hat, in Fragen des pädagogischen Fortschritts die Verkörperung der Rückständigkeit. Bei ihnen existiert z. B. heute noch (auf Grund einer Instruktion des längst zu seinen Vätern versammelten Altherrn) eine „doppelte Buchführung“, die den einzelnen Schulräten ermöglicht, neben den offiziellen und nach Art. 129 AB. jedem Beamten zugänglichen Einträgen in die Personalpapiere noch eine Art „privater Notizen“ zu führen, die aus persönlichen Eindrücken und vertraulichen Umfragen hergestellt und von Hand zu Hand weitergegeben werden. Das Vorhandensein solcher privater Notizen ist vor zwei Jahren aus einem durch Zufall in die Öffentlichkeit gelangten Heft des Geheimrats Sachse erwiesen, der heute noch unangefochten im Provinzialschulkollegium Berlin tätig ist, sogar trotz des Protestes des Philologenverbandes.

Neugierde.

Von Karl Fischer.

Vor irgendeiner Polizeiwache in irgendeiner Straße hält der grüne Wagen.

Die grüne Minna, wie die „Kunden“ sagen.

Es ist laut und lebhaft in dem Wagen, der anscheinend auf neue Ladung wartet.

Auf der Straße bleiben Menschen stehen und blicken neugierig auf das Gefährt und die Tür zur Polizeiwache.

Trotzdem der Wind scharf um die Ecke weht und in das Gesicht schneidet, stehen sie, und immer neue gesellen sich dazu von den Umwohnern der Großstadt, die neugierig auf ein Nichts sind, und warten wie auf ein Wunder.

Da kommt ein alter Mann, der einen vollbeladenen Handwagen hinter sich herschleppt.

Der Alte leucht, denn die Last ist zu schwer für sein Alter und seine Arme, und nun kann er nicht weiter.

Er läßt sich schwer nieder auf die Deichsel des Wagens, um sich zu verschauen.

Da erblickt er die Menge der Neugierigen, die wie eine Mauer stehen, und sein Gesicht bleibt so finster, als wollte er befehlen.

„Maulaffen, verdammte“, brummte er, „hab'n nicht weiter zu tun, als auf ein paar arme Kerle zu warten, die ins Rittchen sollen!“

Nach einer Weile öffnet sich die Tür der Polizeiwache, und ein „Grüner“ kommt heraus mit Papieren in der Hand und steigt in den Wagen, der schnell davon rattert.

Die Neugierigen machen lange Gesichter, und enttäuscht gehen sie weiter.

Und nun grinst der Alte grimmig und ruft ihnen nach: „Das geschieht Euch recht! Tagediebe, verdammte!“

★

Aus dem Fenster einer Wohnung im dritten Hof eines Hauses irgendwo in dem grauen, großen steinernen Meer der Großstadt ist eine Frau auf die Straße gesprungen.

Man weiß nicht, was sie zur Tat getrieben.

Vielleicht hat sie der Hunger heruntergeholt.

Und man liegt sie auf dem Pflaster, den Mund halb offen und gebrochen. Straßenstaub und Schmutz im ergrauten Haar.

Sofort sammeln sich Neugierige um die Selbstmörderin.

Man geht ganz nahe heran an den Körper und man unterhält sich so ganz sachlich und ohne alle Sentimentalität, wie man vom Wetter spricht oder von der nächsten Sommerreise, warum die Frau wohl aus dem Fenster gesprungen ist, und man ist sehr verschiedener Ansicht, ob sie tot ist oder nur betäubt, ob sie Knochen gebrochen oder innere Verletzungen davongetragen hat.

Wer weiß, wieviel diese „privaten Notizen“ bei der Nichtbestätigung linksgerichteter Persönlichkeiten mitgesprochen haben? Die Auswahl der Bewerber durch diese Behörden „nach Maßgabe der Eignung zum Lehrer und Erzieher“ bedeutet also die Garantie, daß linksgerichtete und für Schulreform kämpfende Bewerber so gut wie ausgeschlossen sein werden. Eine Beschwerde in diesem Sinne ist scheinbar nicht vorgesehen. Und selbst wenn das Ministerium als solche anzusehen wäre, welcher Anwärter wird es wagen, durch eine Beschwerde gegen die allmächtige vorgelegte Behörde sich mißlieblich zu machen?

Erfolg werden dagegen die haben, die durch „anständige“ Gesinnung, Augendienerei und slavische Unterordnung unter die pädagogischen Auffassungen der Oberschulräte sich als die „Tüchtigsten“ erweisen. Die staatlichen höheren Schulen werden diesen „Tüchtigen“ konkurrenzlos reserviert sein, aber auch die fortschrittlichen Kommunen werden durch diese Vorzensur bald nicht mehr in der Lage sein, in ihrem Sinne geeignete Bewerber zu finden.

Diese große Gefahr kann nur vermieden werden, wenn die Auswahl der Bewerber durch eine zentrale Kommission, ähnlich wie es für die Anwärterprüfung geplant ist, geschieht, in der das Ministerium und Vertreter der Landtagsfraktionen mitwirken. Auf keinen Fall aber den altfränkisch eingestellten Herrschaften aus den Provinzialschulkollegien allein noch auf Jahrzehnte hinaus der Nachwuchs der Erzieher überlassen wird.

Diese Luft in Bayern.

Da die Schilderungen, die der „Vorwärts“ aus Bayern zu geben pflegt, vielfach als tendenziös übertrieben hingestellt werden, ist es uns wertvoll, einmal den Münchener Sonderberichterstatter der „Deutschen Zeitung“ zitieren zu können, der aus Anlaß des Falles Eckardt-Beger folgendes Stimmungsbild entwirft:

Es herrscht wieder einmal diese Luft in Bayern — ungewiss, wie lange. Ein Sturm der Entrüstung durchbraut ganz Bayern: Wir geben die beiden nicht heraus! Verhaftet können Eckardt und Beger nur durch bayerische Polizisten werden. Werden sich solche finden, die Hand an sie anlegen? Wir bezweifeln es vorläufig auch noch, daß die bayerische Regierung sich bereit erklärt wird, einen Verhaftungsbefehl gegen Dietrich Eckardt und Beger ausführen zu lassen. Die jüdisch-sozialistischen Heher an der Spree sollen auf Granit beißen. Die Stimmung in Bayern ist furchtbar erregt, jeden Augenblick kann sich ein Gewitter entladen, dessen Folgen für die weitere Entwicklung der Dinge in Deutschland vernichtend sein können.

Reichstanzler Dr. Cuno ist bei seinem Besuch in München über die Lage in Bayern unterrichtet worden, denn er hat auch das Präsidium der vaterländischen Verbände empfangen; er weiß wohl, wer in Bayern die tatsächliche Macht in Händen hat. Wir haben es in Bayern satt, uns noch weiterhin von Berlin aus drangsalieren zu lassen. Wenn es zu einem Zusammenstoß kommt, werden die Berliner jüdischen Heher die Verantwortung für das, was in Bayern geschieht, zu tragen haben!

Also weil zwei Redakteure nicht die Güte haben wollen, sich dem gefehlich zuständigen Gericht zu stellen, wird — inmitten der Ruhrkrise — mit Ereignissen gedroht, die für Deutschland vernichtend sein können. Inzwischen hat, wie bekannt, die bayerische Regierung erklärt, daß sie den Vollzug der Haftbefehle nicht ablehnen könne. Es wird sich also zeigen müssen, wer tatsächlich in Bayern und in Deutschland die Macht hat.

Abrechnung mit den Hiltlerleuten.

In der schärfsten Weise wendet sich der „Bayerische Kurier“ gegen die Hiltler-Leute, die Bayern in die schwerste Konfiskation zu bringen drohen. Das Blatt schreibt über diese „nationalen Wortkämpfer“:

„Die Nationalsozialistische Partei Bayerns hält den Zeitpunkt schwerster nationaler Gefährdung für angemessen, um zwischen Bayern und dem Reich und in Bayern selbst einen Kampf zu entfesseln, der notwendig die schärfsten Formen annehmen muß. Sie, die Nationalen zu sein behauptet, ist bereit,

und dann kommt die Polizei und treibt die Reugierigen fort, die langsam und unwillig weichen und einen Hof auf die Schulleute haben.

★

Eine lange, lärmerefüllte Straße.

Die Menschen häufen und hehen dahin, wie von einem wilden Wirbel vorwärts gerissen.

An der Seite, ängstlich und scheu an die Häuser gedrückt, schleicht ein Mütterchen dahin.

Sie hustet, hart und wie heulend.

Sie ist so matt, daß sie kaum noch weiter kann, und sie sieht aus, als wäre sie die lebende Verkörperung der Armut und des Elends.

So schleicht und schlürft sie Schritt für Schritt, und bald hat sie der Menschenstrom verschluckt.

Aber ein Neugieriger bleibt stehen, fragt, was ihr fehlt, und eine Hand findet sich, die helfen will.

Die alte Frau mit der Last der Jahre und des Elends ist zu alttätig, und kein Richter ist neugierig, Näheres zu hören, zu handeln oder zu helfen.

Einsteins Triumph. Wie schon gemeldet, haben die eingehenden Untersuchungen der Beobachtungen, die gelegentlich der Sonnenfinsternis am 21. September von englischen und amerikanischen Astronomen angestellt worden sind, eine neue Bestätigung der Richtigkeit jenes Teiles der Einsteinschen Relativitätstheorie ergeben, der sich mit der Ablenkung des Lichtes in einem Gravitationsfeld beschäftigt. Dabei ist, wie Professor Campbell, der Direktor des Lick-Observatoriums in Kalifornien, hervorhebt, die Uebereinstimmung der tatsächlichen Messungen mit den von Einstein vorausgerechneten Werten so gut wie vollkommen.

Eine der umstrittensten Theorien der Einsteinschen Lehre darf durch dieses Ergebnis wohl endgültig als bestätigt gelten, zumal, da ja schon bei der Sonnenfinsternis vom 29. Mai 1919 durch englische Astronomen ein ähnliches Resultat gewonnen worden ist. Die Bedeutung des nunmehr gefundenen Ergebnisses geht weit hinaus über die allgemeine Relativitätstheorie und greift aufs tiefste in unsere bisherige physikalische Erkenntnis ein. Es handelt sich ja nicht allein um den bloßen Nachweis der Ablenkung des Lichtstrahls in einem Schwerfeld, sondern um die nun nicht mehr zu bestreitende Erkenntnis, daß der Lichtstrahl materieller Natur ist. Es bedarf schon nicht mehr der Annahme des hypothetischen Weltäthers, um die physikalischen Erscheinungen des Lichtes und der Elektrizität zu erklären. Dieser Aether, von dem man sich in keiner Weise eine reale Vorstellung machen konnte, existiert nicht. Der Raum ist leer, und das einzige, was aus den unendlichen Tiefen des Universums wahrnehmbar bis zu unserem Planeten gelangt, das Licht, das von den Fixsternen und Nebelsternen ausgeht, die magnetischen Kräfte, die gelegentlich in Polarlichtern sichtbar, geheimnisvoll von der Sonne zur Erde gelangen, sind reale Körper. Es sind Teile der Materie, die sich selbst wie jede andere Materie gemäß den Gravitationsgesetzen fortbewegen. Der Lichtstrahl jenes fernen Fixsterns der bei

einen Streik vom Zaune zu brechen, der zur Sünde ausschließlich nur Frankreich dienlich sein kann. Sie, die sich als Hüterin der Reichseinheit ausgibt, will eine Krise heraufbeschwören, die, wie die Dinge liegen, zu einem Bruch zwischen Bayern und dem Reich führen muß. Sie, die bayerische Interessen zu vertreten erklärt, verlangt, daß Bayern jetzt die Opfer des Kampfes auf sich nehmen soll und zwei Schriftleiter deutschösterreichischer Organe, die Bayern mehr geschadet haben als Tausende von Lügen der Bayernheger, vor der Verantwortung zu schützen. Sie, die die bayerische Regierung zu beschimpfen nie aufhört, fordert die Hilfe dieser Regierung gegen die Organe des Reiches. Sie, die mitleidig ist an den Schuttschleichen, fordert, daß der Kampf gegen das Gesetz um eines Anlaufes willen erneuert wird, der jeden moralischen und tatsächlichen Erfolg von vornherein ausschließt. Und diese Partei, deren Politik ein Hohn ist auf alles wirklich Vaterländische, Deutschnationales und Bayerische, sie findet Leute, die sich für die Zwecke der nationalsozialistischen Politik mißbrauchen lassen.

Nach dieser scharfen Sprache der bayerischen Regierungspresse und nach der von uns bereits mitgeteilten amtlichen Erklärung der Regierung scheint es also, als ob man in Bayern schließlich doch eingesehen hat, daß das Treiben der Nationalsozialisten auf die Dauer von keinem Staat geduldet werden kann. Es wird sich bald zeigen, welche Kraft hinter den Worten der bayerischen Regierung steht.

Aprilscherz.

Der Sozialdemokratische Parlamentsdienst schreibt: „Die „Rote Fahne“ erlaubt sich in ihrer heutigen Morgenausgabe einen weiteren Aprilscherz. In großen Lettern teilt sie mit, daß die Thüringer sozialistische Regierung die große Koalition vorbereite. Sie soll mit den Demokraten in Verhandlungen stehen und in den „geheimen Besprechungen“ bereits wesentliche Zugeständnisse gemacht haben. Diese wesentlichen Zugeständnisse sollen in der Hauptsache darin liegen, daß die Demokraten — für so dumm halten wir sie nicht — einen deutschnationalen Professor als Wirtschaftsminister zu bestellen gedenken. Doch gegen diesen „parlamentarischen Kuhhandel“ innerhalb der sozialdemokratischen Arbeiterschaft „lebhafte Beschwerte“ erhoben wird, müssen natürlich die „Rote Fahne“ und die „Neue Zeitung“ in Jena, die die Enthüllung über die angebliche Umbildung der Regierung in Thüringen veröffentlichte, am besten wissen.

Wir sind von amtlicher thüringischer Seite ermächtigt, die Angaben der „Roten Fahne“ vollständig zu dementieren.

Anpassung an das Lohnniveau.

Unter dieser Ueberschrift erschien in Nr. 169 des „Vorwärts“ am 12. April eine Notiz, nach der am 11. April im Reichsarbeitsministerium Beratungen über die Frage stattgefunden haben sollen, ob durch die erhöhten Beamteneinkünfte auch eine weitere Erhöhung des sonstigen Lohnniveaus erforderlich sei. Die Beratungen sollen zu dem Ergebnis geführt haben, daß die Vorschlagszahlungen, die an die Beamten Mitte April und Mitte Mai erledigt werden, keinen Anlaß zu einer weiteren Steigerung der jetzt geltenden Löhne geben können.

Im Hinblick auf die Beunruhigung, die durch diese Nachricht in weiten Kreisen der Arbeiter- und Angestelltenchaft entstanden ist, wurde vom AFB-Bund beim Reichsarbeitsministerium angefragt, ob die oben erwähnte Nachricht zutreffend und, wenn ja, wer an diesen Beratungen teilgenommen habe. Darauf wurde die Auskunft erteilt, daß den zuständigen Stellen im Reichsarbeitsministerium von solchen Beratungen nichts bekannt sei, daß aber noch nachgeforscht werde, ob überhaupt im AFB-Bund Verhandlungen im Sinne der oben erwähnten Nachricht stattgefunden haben. Dem AFB-Bund wurde in Aussicht gestellt, daß ihm über das Ergebnis der Nachforschungen sofort Bescheid zugehen werde.

Wie uns vom AFB-Bund mitgeteilt wird, ist das bis heute nicht geschehen. Es muß infolgedessen angenommen werden, daß die Nachforschungen ergebnislos geblieben sind. Hiernach scheint es sich bei der oben erwähnten Nachricht der Korrespondenz Eca um eine Mystifikation zu handeln.

Dr. Dinter, der bekannte antisemitische Schriftsteller, der auf Veranlassung der Thüringischen Regierung verhaftet war, ist von der Staatsanwaltschaft wieder freigelassen worden.

Demission des Kabinetts Paschisch. Das Kabinett Paschisch hat demissioniert. Der Rücktritt hat aber nur formellen Charakter. Paschisch ist wieder mit der Regierungsbildung beauftragt worden.

der letzten Sonnenfinsternis scheinbar unmittelbar am Rande der Sonne — in Wahrheit natürlich in unendlich viel größerer Entfernung — gefunden hat, verhält sich also nicht anders, als sich ein Stein, eine Metallkugel oder irgendeine andere Materie verhalten hätte, die mit der Geschwindigkeit des Lichtes — 300 000 Kilometer in der Sekunde — durch das Gravitationsfeld der Sonne hindurchgegangen wäre.

Die Entfremdung deutschen Kunstbesitzes. Beunruhigende Nachrichten sind in letzter Zeit über den Verlauf wertvollen Kunstbesitzes ins Ausland an die Öffentlichkeit gedrungen, und man beklagt sich mit Recht darüber, daß die von der Regierung ergriffenen Maßnahmen, die kostbarsten und unerfetzlichen Schätze des Privatbesitzes dem deutschen Volke zu erhalten, ungenügend oder unwirksam sind. Ein neuer Beweis für diese bedenklichen Mißstände ist ein Bilderverkauf des früheren Großherzog von Weimar, über den in der „Kunstchronik“ berichtet wird. Es handelt sich um eine Gruppe wertvoller Bilder aus dem Privatbesitz des Großherzogs, und zwar sind es ein heiliger Augustinus von Perugino, eine Madonna von Luini und zwei kleine Tafeln von Hans Memling, die heiligen Stephanus und Christophorus darstellen. Der Verkauf ist gerade bei den Memling-Tafeln um so merkwürdiger, als sie in die Liste der Stücke aufgenommen sind, deren Ausfuhr von einer besonderen staatlichen Genehmigung abhängig ist. Ein entsprechender Antrag soll aber überhaupt nicht gestellt worden sein.

Die Tänzerin vor Gericht. Das ungewöhnliche Schauspiel, daß eine Anklägerin vor dem Gerichtshof einen Tanz ausführt, ereignete sich dieser Tage in Paris. Die Tänzerin Rahna stand unter der Anklage, mit ihrem Partner, Harry Pilcer, dem früheren Partner der berühmten Tänzerin Baby Desigs, einen unzüchtigen Tanz vorgeführt zu haben. Sie erhob vor Gericht entrüsteten Einspruch, und um zu beweisen, daß der Tanz sehr anständig sei, warf sie plötzlich ihre Pelze ab, sprang aus der Anklagebank dicht vor den Tisch hin, an dem die Richter saßen, und gab eine Vorstellung, wobei sie auch alle Bewegungen ihres Partners ausführte. Der Gerichtshof war von der Harmlosigkeit ihrer Schauausführung augenscheinlich nicht völlig überzeugt, denn er vertagte die Verhandlung, um später das Urteil bekanntzugeben.

Eine naturwissenschaftliche Begründung für die Notwendigkeit schneller radikaler Schulreform gibt in glänzender Weise ein Heft von Dr. med. Ernst Bollentin „Schulreform als Forderung der Biologie, Keralische Bewusstseinsbildung für Eltern, Lehrer und Behörden“, das soeben im Verlage Oldenburg u. Co., Berlin, herauskommt. Es sei allen parteigenössischen Bildungskämpfern warm empfohlen.

Alexander Moissi, der seine Tätigkeit am Deutschen Theater Frankfurt abbrechen mußte, nimmt sie am 25. April für diese Spielzeit wieder auf. Er wird zunächst den Hedja in Tolstois „Lebensweisheit“ spielen und dann die Itehrade im „Grafen von Charolais“ und den Marquis Volca im „Don Carlos“.

Der deutsche Röntgen-Kongress ist in München unter großer Beteiligung eröffnet worden. Der Vorsitzende, Prof. Hans-Johann, hielt die Gedächtnisrede für Prof. Röntgen.

Der Fall Labourel.

Paris, 17. April. (E.) Der Abgeordnete Rechtsanwalt Moro-Giafferi hat der Regierung eine Interpellation angehängt über die Maßnahmen, die sie ergriffen habe, um den französischen Journalisten in Deutschland dieselben Garantien zu sichern, die den deutschen Journalisten in Frankreich gestattet sind, in voller Unabhängigkeit ihren Beruf auszuüben. Das Komitee der Republikanischen Pressevereinigungen für die französischen Departements hat einstimmig die Regierung gebeten, von der deutschen Regierung die sofortige Freilassung des Journalisten Labourel zu fordern, der zum zweiten Male verhaftet wurde, während er seine Pflicht als Informator erfüllte.

„Militärische Notizen.“

Ueber die erneute Verhaftung des französischen Journalisten Labourel wird von zuständiger Stelle erklärt, daß unsere Annahme, der Spionageverdacht sei auf Labourel's eigene Bekundungen vor Gericht zurückzuführen, nicht zutrifft. Vielmehr gründete sich der Verdacht auf ein Tagebuch, das bei Labourel vorgefunden wurde und das in der Tat zahlreiche militärische Notizen enthält. Das Verfahren sei vom Oberreichsanwalt eröffnet, der Haftbefehl also nicht in Elbing beschloffen worden.

Diese offiziöse Version berührt uns nur deshalb, weil wir daraus entnehmen müssen, daß nicht die Elbinger Justizbehörde, sondern gar der Oberreichsanwalt die Verantwortung für eine Amtshandlung trägt, die wir nach wie vor für einen groben Mißgriff halten. Die „militärischen Notizen“ des Journalisten können schon deshalb keinen Spionagefall darstellen, weil es auf diesem Gebiet überhaupt nichts mehr in Deutschland zu spionieren gibt. Der ganze Begriff der Spionage ist infolge des Verfalls des Diktats in Deutschland zu einem Anachronismus geworden, da jeder alliierte Kontrolloffizier das Recht hat, Einsicht in alle militärischen Angelegenheiten des Reiches zu nehmen. Ob dieser Zustand angenehm ist oder nicht, ist eine andere Frage. Aber er besteht nun einmal und der Oberreichsanwalt müßte doch endlich die Konsequenzen daraus ziehen. Diese Frage ist nicht nur formalrechtlicher, sondern auch im höchsten Grade politischer Natur. Deshalb wiederholen wir unsere Mahnung an das auswärtige Amt, dafür zu sorgen, daß kein weiterer Schaden entsteht.

Die U. meißel aus Elbing:

Zu der erneuten Verhaftung des französischen Journalisten George Labourel wegen Spionageverdacht wird noch mitgeteilt, daß der Staatsanwalt in Elbing, der auf Anweisung der Reichsanwaltschaft gehandelt hat, Labourel seine sofortige Freilassung für den Fall in Aussicht gestellt hat, daß der Inhalt gewisser Notizen in den beschlagnahmten Papieren des Journalisten aufgeklärt würde. Zur Prüfung dieser Schriftstücke ist ein Beamter der politischen Polizei aus Berlin in Elbing eingetroffen. Bisher ist das Ergebnis seiner Feststellungen noch nicht bekannt.

Massenausweisungen.

Frankfurt a. M., 17. April. (WZ.) Wie die „Frankfurter Zeitung“ aus Koblenz meldet, wurden allein vorgestern 664 Eisenbahner ausgewiesen, hauptsächlich Bahnwärter, Weichensteller und sonstige Stationspersonal, so u. a. 103 Eisenbahnbeamte aus Trier, 125 aus Ludwigshafen, 43 aus Kaiserslautern, 29 aus Godesberg, 35 aus Worms. Weitere Ausweisungen stehen bevor. Die Familien müssen binnen vier Tagen das besetzte Gebiet verlassen.

Paris, 17. April. (E.) Die Rheinlandkommission hat am Montag 1236 neue Beamtenausweisungen vorgenommen. Es handelt sich dabei insbesondere um Eisenbahner. Es wird gleichzeitig behauptet, daß eine gewisse Anzahl von Eisenbahnunfällen vorgekommen wäre, weil die Wächter an den Bahnübergängen ihren Posten verlassen hätten. Mit dieser Begründung erläßt die Kommission eine Verordnung, wonach die Gemeindebehörden für die Bewachung der Bahnübergänge verantwortlich gemacht werden. Für Wächter, die ihren Posten verlassen, sind Strafen vorgelesen, die im Falle von schweren Eisenbahnunfällen in Kerkerhaft bestehen können.

Beschlagnahme Erwerbslosgelder.

Aöln, 17. April. (WZ.) Kurze Zeit, nachdem gestern vormittag eine größere Summe Geldes in die Räume der Arbeitslosenfürsorge im Kunstgewerbemuseum in Düsseldorf gebracht worden war, drangen die Franzosen dort ein und nahmen 22 1/2 Millionen Mark fort. Der Kassierer und der Vorkassierer wurden mitgenommen. Man suchte sie zu Auslösen zu bewegen, ließ sie dann aber wieder frei. Dem Kassierer legte man eine französisch geschriebene Erklärung vor, wonach es sich nicht um Geld der Erwerbslosenunterstützung, sondern der Rhein- und Ruhrhilfe handele, was er aber nicht gewußt habe. Der Kassierer, der zufällig französisch verstand, verweigerte die Unterschrift unter dem Hinweis, daß es sich tatsächlich um Erwerbslosenunterstützung gandle. Die Franzosen haben auch die Listen der Erwerbslosen und die Kartei mitgenommen.

Der Metropolit der orthodoxen Metropolen, der ehemalige Archimandrit Smaragd Ladzgenko, sieht jetzt vor dem Kreisgericht Warschau. Der Angeklagte, der sich der polnischen Sprache nicht bedienen will, sucht zu beweisen, daß nicht persönliche Rachsucht sein Motiv gewesen sei, sondern daß die Loslösung der Orthodoxie von Rußland nur mit Zustimmung der gesamten orthodoxen Geistlichkeit hätte erfolgen können.

Devisenkurse.

	17. April		16. April	
	Käufer (Geld) Kurs	Verkäufer (Brief) Kurs	Käufer (Geld) Kurs	Verkäufer (Brief) Kurs
1 holländischer Gulden	8270.26	8320.75	8240.82	8290.00
1 argentinische Papier-Peso	7730.62	7780.88	7695.71	7734.20
1 belgischer Franc	1213.95	1220.05	1216.95	1223.05
1 norwegische Krone	3775.53	3794.47	3775.53	3794.47
1 dänische Krone	3090.02	3099.98	3072.14	3072.14
1 schwedische Krone	5620.91	5649.09	5605.45	5631.35
1 finnische Mark	—	—	584.28	587.22
1 japanischer Yen	10224.87	10275.63	9975. —	1023. —
1 italienische Lire	1048.88	1048.82	1049.37	1054.63
1 Pfund Sterling	98253.75	98746.25	97879.86	98370.32
1 Dollar	21156.97	21263.03	21097.12	21202.88
1 französischer Franc	1408.96	1416.04	1406.47	1413.53
1 brasilianischer Milreis	2304.22	2315.76	2284.30	2275.08
1 Schweizer Franc	8538.88	8557.62	8535.85	8554.62
1 spanische Pesta	3266.81	3283.19	3229.40	3245.80
100 österr. Kronen (abgeft.)	—	—	29.00	29.88
1 tschechische Krone	682.41	685.89	682.92	682.08
1 ungarische Krone	—	—	4.69	4.73
1 bulgarische Lewa	—	—	169.80	160.40
1 jugoslawischer Dinar	—	—	214.48	215.54

Dänemarks Liebeswerk.

Durch die im Jahre 1917 von den dänischen Gewerkschaften eingeleitete und von dem im Jahre 1920 gegründeten „Fællestomitee for Hjaelp til de krigsraagede Børn“ fortgeführte Hilfsaktion sind bis zum Jahre 1921 insgesamt 14 358 deutsche Kinder nach Dänemark geschickt worden. Vom Januar 1922 bis März 1923 erhöhte sich die Zahl um 4500 Kinder, unter denen sich bereits 900 aus dem besetzten Ruhrgebiet befanden. Von November 1922 bis März 1923 wurden in 13 deutschen Städten die im Sommer geschlossenen Kassastuben wieder eröffnet, in denen täglich 4500 Kinder gespeist werden. Die Errichtung weiterer Kassastuben steht unmittelbar bevor. An den Speisungen nehmen durchschnittlich 75 Proz. Kinder aus Volks- und 25 Proz. aus höheren Schulen teil. Außer dieser, unter der Leitung des Abg. Genossen J. P. Riessen-Kopenhagen stehenden Hilfsaktion für deutsche Kinder wurden seit dem November 1922 folgende Hilfsmagnahmen durchgeführt: Fünfzig alten Damen einer Filiale der Doberaner Tierstube wurden 500 Affen, die sie angefertigt hatten, abgekauft. Aus dem Verkaufserlös erhielt jede dieser Damen ein Paket mit insgesamt 14 1/2 Pfund Hülsenfrüchten, Wehl, Kakaos, Kaffee, Reis, Haserflocken usw., 1 Pfund Wurst, 2 Büchsen Bohnen, 1 Kiesel Seife und zudem 10 000 bis 30 000 M. Bargeld. Aus einer Sammlung gekaufter Kleidungsstücke wurden neben Mänteln, Beuteln und Breslau auch einige Städte des Ruhrgebiets bedacht. Vier Berliner Krippen erhielten Lebensmittel und Stoff für Blinden. Weihnachten erhielten einige Gemeinden und Pfarrämter insgesamt 2130 dänische Kronen zur Verwendung für arme Leute und bedürftige Kinder. Der dänische Journalistenverband stellte für seine notleidenden Berliner Kollegen 1133 Kronen zur Verfügung, während der dänische Ärzteverein zur Unterstützung notleidender deutscher Ärzte 5000 Kronen sandte. Für die Studenten wurden 2569 Kronen und für den Mittelstand 75 124,50 M. und 10 193,32 Kronen gesammelt. Als vorläufiges Ergebnis seiner Sammlungen übersandte „Politiken“ 3 598 410,60 M.

Diese Angaben beziehen sich nur auf die von dem obengenannten Komitee ausgeübte Liebestätigkeit. Die umfangreiche Tätigkeit privater Organisationen und Personen läßt sich zuverlässig nicht feststellen.

Boycott der Fleischgroßmarkthalle.

Unhaltbare Zustände auf dem Markt in der Dirschenstraße. Seit dem 1. April besteht, wie mitgeteilt, auf dem Viehhof eine Fleischgroßmarkthalle, die auf Betreiben aller Interessenten eingerichtet ist, um den unhaltbaren Zuständen auf einem Teil des Berliner Fleischgroßmarktes ein Ende zu machen. Bisher bestanden nämlich in Berlin zwei Fleischgroßmärkte, auf dem Viehhof und in der Dirschenstraße, wo die unerfreulichsten Zustände herrschen. In notdürftig hergerichteten Läden, Kellern, renovierten Pferdeboxen und allen möglichen Räumen wurde das Fleisch aufgestapelt, ein Verfahren, das in erster Linie vom hygienischen Standpunkt aus nicht länger zu rechtfertigen war. Außerdem hatte man die Erfahrung machen müssen, daß das Bestehen zweier Märkte in jeder Beziehung preistreibend gewirkt hat. Alle Versuche, dem Markt in der Dirschenstraße ein Ende zu machen, scheiterten bisher an der Tatsache, daß keine anderweitigen Räume zur Verfügung standen. Seit dem 1. April sind nun Räume genug vorhanden, die neue Fleischgroßmarkthalle enthält genügend Stände, um alle Fleischhändler aufzunehmen, sie ist ferner mit allen erforderlichen Einrichtungen versehen, vor allem sauber und luftig. Trotzdem weigern sich die Fleischhändler in der Dirschenstraße, ihre dortigen Lokale aufzugeben und nach dem Viehhof überzusiedeln. Aufsehenerfüllt fürchten sie die scharfe Kontrolle, die in der neuen Fleischmarkthalle von den Behörden ausgeübt wird. Bisher ist es der Polizei nicht möglich gewesen, den Zuständen in der Dirschenstraße ein Ende zu bereiten, da anscheinend die Bestimmungen der Gewerbeordnung zu einem solchen Vorgehen nicht ausreichen. Auch die Feuerwehr hat sich bereits mit der dortigen Lage beschäftigt, da durch die nebeneinander aufgestellten Fleischsüßwerke in der an und für sich befeuchten Straße die Zufahrtswege so verstopft werden, daß im Falle eines Brandes der anrückenden Feuerwehr Schwierigkeiten erwachsen würden. Von den Behörden dort erwartet werden, daß sie auf dem Berordnungswege die widerspenstigen Händler in der Dirschenstraße zwingen, ihren Markt dortin zu verlassen, wo er seit dem 1. April hingehört, nämlich nach der Fleischmarkthalle auf dem Viehhof.

Des Herrn Affessor Silberhaag.

Eine peinliche Angelegenheit hat sich im Hause eines Geheimen Regierungsrats zu Potsdam zugezogen. Seit Wochen verschwand aus dem vornehmen Haushalt kostbares Silbergerät. Fast Tag für Tag fehlten nach dem Familienkaffee und den Gesellschaften teure Silbergegenstände von der Tafel. Der Verdacht lenkte sich zuerst auf die Dienstmädchen. Durchsuchungen nach dieser Richtung hin verliefen erfolglos. Jetzt trat eine Hausangestellte mit der Behauptung hervor, daß der Verlobte der Tochter des Hauses, ein Affessor, der in dem Hause selber wohnte, der Dieb der Silbergeräte sei. Eine Hausdurchsuchung förderte tatsächlich einen großen Teil der gestohlenen Sachen hervor. Einen Teil hatte der Affessor bereits verkauft.

Die lieben Freunde.

Ein Mechaniker Ernst Grunwald, der bei einer hiesigen größeren Firma beschäftigt war, erhielt von ihr den Auftrag, für einige Millionen einzukaufen und mit einem Scheck zu bezahlen. Statt dessen erob er auf den Scheck das Geld, kaufte nichts ein, gab einen Teil des Geldes seiner Wirtin in Verwahrung und begab sich mit seinem Freunde, einem Kaufmann Karl Fuh, auf eine ausgedehnte Bierreise. Seinem Freunde erzählte er zunächst, daß er für ein verkauftes Patent eine bedeutende Summe erhalten habe. Zu den beiden gefellte sich noch ein gewisser Karl Raß. Grunwald betrank sich so schwer, daß seine beiden Begleiter ihn nach Hause bringen mußten. Hier steckte er seine Barschaft unter das Kopfkissen und schlief bald ein. Jetzt kamen Raß und Fuh auf den Gedanken, ihm alles, was er erbeutet hatte, abzunehmen. Mit einem gewissen Reumann begaben sie sich als Kriminalbeamte in die Wohnung des Schwerbetrunkenen, beschuldigten ihn der Unterschlagung, „beschlagnahmen“ das Geld, das unter dem Kopfkissen lag und auch das, was die Wirtin in Verwahrung hatte, teilten alles unter sich und verließen es auf dem Boden der Häuser, in denen sie wohnten, unter den Dachsparren. Von 4 Millionen, die Grunwald unterschlagen hatte, wurden in den Verstecken 3 1/2 Millionen von den Kriminalbeamten der Dienststelle A. 1. wiedergefunden. Eine halbe Million war bereits durchgebracht. Die ganze Gesellschaft wurde festgenommen.

Gasabsperrungen.

Mit der Riederbarnimer Gasgesellschaft m. b. H., die bei Tarifserhöhungen stets dem Berliner Magistrat vorangeht, besteht seit längerer Zeit ein Streit wegen Berechnung des Gasverbrauches zu zwei verschiedenen Preisen. Es wäre der richtige Weg gewesen, diesen Streit durch gerichtliche Entscheidung zu beilegen. Die Gesellschaft scheint von der Berechnung ihrer Forderungen nicht gerade überzeugt zu sein, wenn sie diesen Weg zur Klärung der Streitfrage nicht einschlug. Sie hat jetzt das Druckmittel gewählt, einer größeren Anzahl von Gasabnehmern in Oberschöneweide und Johannisberg, die nicht den

vollen Gaspreis zahlen, den Gasmesser zu plombieren. Ein solches Verfahren kann nicht gebilligt werden. Beim zuständigen Gericht ist eine einstweilige Verfügung behufs sofortiger Aufhebung der Gasperre beantragt worden.

Der „fürsorgliche“ Hausvater.

Der Wäschebiefstahl in der Irrenanstalt Buch.

Vor der 3. Strafkammer des Landgerichts III begann heute früh der umfangreiche, auf mehrere Tage berechnete Prozeß wegen der großen Wäscheuntergeschlagungen und Diebstähle in der städtischen Irrenanstalt Buch. Am 23. Mai 1921 meldete der Hausvater Mag. Schulz seiner vorgesetzten Behörde, daß in der vorausgehenden Nacht in das Magazin eingebrochen sei und daß große Mengen von Wäsche gestohlen seien. Alsobald schickte man gegen den Hausvater selbst Verdacht und unter der Wucht des Beweismaterials legte Schulz dann auch das Geständnis ab. Ein von der Stadt Berlin eingerichteter Heberwächungsdienst folgte einige Zeit darauf auch noch dem Landwirt Kubow ab, als dieser einen schweren Koffer aus der Anstalt herausgeschaffen wollte, der gleichfalls Wäsche enthielt, die von dem Hausvater August Kubow stammte. Auf Grund weiterer Ermittlungen wurde gegen folgende 13 Personen Anklage erhoben: den Hausvater Mag. Schulz, dessen Ehefrau Katharina Schulz, den Hausvater August Kubow, dessen Ehefrau Emma Kubow, den Landwirt Erwin Kubow, die Ehefrau Irma Kubow, den Pförtner Franz Ameling, die Ehefrau Amine Ameling, die Witwe Elisabeth Schnall, die Witwe Sophie Rosenfeld, die Standinhaberin Mathilde Krause, den Oberpfleger Hans Wilgitz und den Arbeiter Ernst Schulz. Das Schöffengericht Berlin-Mitte hatte die sämtlichen Angeklagten schuldig befunden. Der Hauptangeklagte Mag. Schulz wurde wegen Unterschlagung im Amte zu zwei Jahren Gefängnis und Ehrverlust, seine Ehefrau und der Hausvater August Kubow wegen fortgesetzter Hehlerei zu 1 1/2 und einem Jahr Gefängnis und Ehrverlust verurteilt. Die übrigen Angeklagten wurden teils wegen Hehlerei, teils wegen Begünstigung zu Gefängnisstrafen von neun bis drei Monaten bzw. Geldstrafen verurteilt. Wegen dieses Urteils war Berufung eingelegt worden, jedoch der ganze Fall nochmals der Nachprüfung durch die Strafkammer unterliegt. Die Angeklagten Mag. Schulz und Frau Ameling haben ihr früheres Geständnis widerrufen. Drei Angeklagte, Mathilde Krause, Ernst Schulz und Elisabeth Schnall haben das Urteil rechtskräftig werden lassen, so daß sich heute nur die übrigen zehn Angeklagten zu verantworten haben. Der Hauptangeklagte Mag. Schulz behauptete, in der heutigen Verhandlung, daß er sich auf Einzelheiten nicht mehr besinnen könne und will an Gedächtnisschwäche leiden. Es ist daher zur Begünstigung seines Besteszustandes auf Antrag von Rechtsanwältin Bahn Medizinalrat Störmer zugezogen worden. Wir werden über das Urteil berichten.

Ein schwerer Unfall ereignete sich heute nacht gegen 2 Uhr am Paltenplatz. Infolge Versagens der Steuerung rannte der mit 3 Schuppcarben besetzte Wagen gegen einen Laternenpfahl, so daß die Insassen hinausgeschleudert wurden. Vier von ihnen, der Oberwachmeister Ernst Schubert, Bill Neuen-dorf, Walter Habedank und der Unterwachmeister Helmuth Kropka erlitten schwere Verletzungen. Die Beamten waren wegen einer Schlägerei nach einem Lokal in der Petersburger Straße gerufen worden.

Der Raubmörder Karl Häusler wurde gestern noch bis in den späten Abend hinein von den Kriminalkommissaren Werneburg und Albrecht eingehend verhört. Unter der Last des Beweismaterials leugnet er nichts. Er hat bereits ein sehr bewegtes Leben hinter sich. Heute wird er wegen Mordes und Raubes dem Untersuchungsrichter vorgeführt.

Zur Wohnungsaffäre Wolpe. In unserer Veröffentlichung im gestrigen Abendblatt muß der in der 21. Zeile beginnende Satz lauten: „Der Antrag auf Robbauabnahme ist aber erst nach einer Aufforderung des Amtsvorstehers vom 10. September (nicht Dezember) erfolgt.“

Eine Rhein- und Ruhrfundgebung veranstaltet die Arbeitsgemeinschaft Groß-Berlin der Reichsvereinigungen ehemaliger Kriegsgesangener zugunsten ihrer notleidenden Kameraden am 28. April, abends 8 Uhr, im großen Saal des früheren Herrnhuter-Preppers Str. 8. Mitwirkende: Generalmusikdirektor Edelwieser aus dem besetzten Duisburg, das Tonkünstlerorchester, namhafte Schauspieler, Singsänger: W. a. Verdner, E. Pasant, R. Großmann. Karten zu 1,00 M. und 3,00 M. in der Gesellschaftsstraße, Charlottenburg, Filmmärkchen: Str. 86, geöffnet täglich 6-8 Uhr abends.

Die Freie Schulgemeinde Charlottenburg bringt, dem Wunsch vieler Eltern Rechnung tragend, für die Knaben und Mädchen aller Schulen des Bezirks, die die 1. Klasse besuchen, einen lebenskundlichen Kursus (Sittenlehre) zur Einführung und findet seinen jährlichen Abschluss mit der Augenweide. Der Unterricht hat im Anstehenden Rosenstr. 4 begonnen. Leiter und Lehrer dieses Schulplans ist Genosse Wilhelm Schneider. Der bisherige Vorbereitungskursus für Jugendliche kommt dabei in Fortfall.

Operanto, Genossen und Genossinnen, die die internationale Hilfsbrunde Sipavanto erleben wollen, finden dazu Gelegenheit jeden Mittwoch und Freitag abends 6,30-8,10 Uhr in der Arbeiterkantine Charlottenburg, Rosenstr. 14. Beginn am 18. April. Anmeldung in der Gesellschaftsstraße ebenda. Unterhaltsgeld für 1/2 Jahr 1640 M. Operantinnen mit Vorkenntnissen können am Willebrandplatz Mittwoch und Freitag 8,30-10 Uhr abends ebenfalls teilnehmen. Leiter der Kurse: Gen. Schulz.

Flugdienst Hamburg-Kopenhagen. Am heutigen Tage fand die diesjährige Eröffnung der Flugstrecke Hamburg-Kopenhagen statt. Den Betrieb dieser Strecke wird der Deutsche Aero-Club in Betriebsgemeinschaft mit einer dänischen Gesellschaft, Det Danske Lufttrafikselskab A. S., aufnehmen. Die Flugzeuge verkehren täglich: 9,00 Uhr ab Hamburg, 11,00 Uhr an Kopenhagen; 4,00 Uhr ab Kopenhagen, 6,00 Uhr an Berlin. Der Flugpreis beträgt 80 dänische Kronen (etwa 318 000 M.) einschließlich 15 Kilogramm Freigepäck. Ein Lebergewicht beim Gepäck wird mit 1,5 dänischen Kronen je Kilogramm berechnet.

Eisenbahnzug im Regenschirm. Aus Bagdad wird gemeldet, daß ein aus Passagier- und Güterwagen zusammengesetzter Zug, der Donnerstag abend Bagdad verließ, am Sonnabend morgen 80 Kilometer nördlich von Basra in einen heftigen Regenschirm geraten ist. Eine Eisenbahnbrücke, 300 Meter lang, wurde zerstört, eine Anzahl von eingeborenen Soldaten verwundet und mehrere getötet; von den übrigen Passagieren wurden sechs verwundet.

Wetter für morgen.

Berlin und Umgegend. Kühl und zunächst überwiegend trübe mit geringen Niederschlägen und ziemlich frischen nördlichen Winden. Später langsam aufklarend.

Groß-Berliner Parteinachrichten.

Morgen, Mittwoch, den 18. April:

6. Kreis, Kreuzberg. 6 Uhr Bezirksvorsteherversammlung des Bezirksamtes Precht. 10/11, um 5 Uhr ebendort im Zimmer 33 Sitzung der Kommunal-Kommission, Selbstverwaltung.
10. WZ., Charlottenburg. 8 Uhr bei Schweidert, Grossmüller, 2 Frauen-abend Thema: Brauchen wir eine neue Schule? Referent: Gen. Schmuder Rein Teilmann.
51. WZ., Neukölln. 7 Uhr Fortbildungskurs beim Genossen Redema, Reuterstr. 70. Die Bezirksleiter werden erkrankt, nicht die Woche, sondern am Montag, den 22. und Dienstag, den 24., abzurechnen.
137. WZ., Reinickendorf. 8 Uhr Betriebsleiterkammerung im Volkshaus, Schornweberstr. 114. Jahresbericht und Jahresplan über die politische Lage. Die Mitglieder des engeren Vorstandes treffen sich dort schon um 7 Uhr.

Gewerkschaftsbewegung

Eine sonderbare Landarbeiter-Organisation.

Die Tageszeitung der christlichen Gewerkschaften „Der Deutsche“ veröffentlicht in Nr. 34 einen Bericht seines nach dem Ruhrgebiet entsandten Berichterstatters, in dem in scharfer Weise die im Wirtschaftsleben hervorretternden Wuchererscheinungen geißelt werden. Nachdem u. a. hierin festgestellt wird, daß die Landwirte bei jeder Preissteigerung den Preis für Milch, Kartoffeln, Getreide usw. hinaufschrauben lassen ohne Berücksichtigung der Beschäftigten, kommt der Berichterstatter zu folgendem Urteil über ihre Spendebereitschaft: Ihre Millionenpfrunde ist keine nationale Last, sondern ein Verrat an der Nation. Was sie an Spenden leisten, sind Trümpfe, die sie in nationaler Stimmung demselben Volke zuwerfen, das für sie leidet nur ein Ausbeutungsobjekt ist.

Diese Verurteilung, deren Richtigkeit von jeder Arbeiterorganisation anerkannt werden müßte, findet die schärfste Beurteilung des deutschnationalen Zentralverbandes der Landarbeiter, der zu den christlichen Gewerkschaften gehört. Von ihm wird in der neuesten Nummer seines Verbandsorgans „Die Rundschau“ erklärt, daß diese Verurteilung weder dem dem „Deutschen“ zu vertretenden Gedanken der Volksgemeinschaft entspricht, noch sachlich gerechtfertigt erscheint. Er müsse deshalb die Aufrechterhaltung seiner bisherigen Beziehungen zum „Deutschen“ davon abhängig machen, daß ihm ausreichende Sicherheiten gegen die Wiederholung solcher Entgegnungen gegeben werden.

Des weiteren fällt uns auf, daß der Zentralverband der Landarbeiter sich nicht selten in einer Weise zum Sprachorgan der landwirtschaftlichen Interessen macht, die sonst in der Arbeiterbewegung nicht üblich ist.

Mit dieser Feststellung wird dem Zentralverband der Landarbeiter von gleichgesinnter Seite ein Zeugnis ausgestellt, das er durchaus verdient hat und das völlig der Meinung der freigeberischen organisierten Landarbeiter entspricht. Bei ihm hat man schon seit langem den Eindruck, daß er als Organisation vielmehr zur Wahrung der Interessen des deutschnationalen Landbundes als zur Wahrung der Interessen des Landarbeiterlandes geschaffen scheint. Hieraus erklärt sich auch der ständige Rückgang dieser Bewegung, der sie aus Besorgnis um einen völligen Untergang immer mehr in die Arme des Landbundes treibt. Eine so eingeleitete Organisation hat das Recht verweigert, als Arbeiterorganisation angesehen zu werden.

Die Organisation hochhalten!

Die Betriebsräte des Deutschen Metallarbeiterverbandes waren am Montagabend sehr zahlreich im Gewerkschaftshaus versammelt, um einen Vortrag des Genossen Dr. Robert Einstein, Stuttgart über „Weltwirtschaftskrise und deutsche Wirtschaftspolitik“ zu hören. Vor Eintritt in die Tagesordnung forderte die Genossin Ellert zu regem Besuch der Betriebsräte auf.

Dr. Einstein hielt dann seinen großartigen Vortrag, der die volle Aufmerksamkeit der Versammlung fand. In der Weltwirtschaft sei ein Wandel eingetreten. Länder, die früher unter dem stärksten Wirtschaftsdruck standen, konnten ihre Lage erleichtern, während sich die Krise mit aller Macht auf andere Länder legte. England habe große Absatzgebiete verloren, weil die Kaufkraft der europäischen Länder infolge des Krieges zurückgegangen sei und die Kolonialländer sich durch Selbstproduktion unabhängig vom Mutterlande machten. Es müsse sich deshalb neue Absatzgebiete schaffen. Amerika sei das einzige Land, das als Kriegsgewinnler angeprochen werden könne. Fast jedes andere Land sei heute stark an Amerika verknüpft. England habe 63 Jahre lang Schulden an Amerika abzutragen. Eine gewaltige Umdenkung in der Weltwirtschaft beginne sich geltend zu machen, indem die Rohle ihre bisherige Vormachtstellung zugunsten des Erdöls verliere. Immer mehr richte sich die Schifffahrt auf den Ertrag der Rohle durch Erdöl ein. Die Konzentration von Genuß und Kaufkraft konnte als Erdölkonzentration bezeichnet werden. Das Erdöl stehe als Anziehungskraft im Mittelpunkt der Welt. — Frankreich suche Deckung seiner Verschuldung. Das sei eine Seite der Ruhrbesetzung. Die andere Seite sei die imperialistische. Zum Lehrling erziehe man in Frankreich die Ruhrkohle. Über Frankreich brauche auch den Weg nach Bagdad und möchte durch ein starkes Deutschland nicht gestört werden. In Deutschland liege die Sache so, daß bisher das ganze Ruhrgebiet für die deutsche Wirtschaft, fast das ganze Reich für das Ruhrgebiet arbeite. Dr. Einstein führte u. a. zusammenfassend als Grund für die deutsche Wirtschaftskrise an: die veränderte wirtschaftliche Struktur in der Welt, das Wirken für eine Verbesserung der Welt, das Sinken der Kaufkraft der breiten Volksmassen und die Rücksichtslosigkeit, mit der die Konzentration von der Industrie ausgenutzt worden sei. Für die Gewerkschaften bedeute die Krise eine harte Prüfung. Die Führer werden das Schicksal nicht immer wie bisher sicher durch die Wellen steuern können. Das müsse von den Mitgliedern berücksichtigt werden. Aber es sei dringend erforderlich, auch in der Krisenzeit die gewerkschaftliche Organisation und Solidarität aufrechtzuerhalten. (Lebhafter Beifall.) Eine Diskussion knüpfte sich an den Vortrag nicht. Den Schluß der Versammlung bildete eine Aussprache über Kurzarbeit, in der Ulrich um Einföhrung von Material ersuchte.

Lohnverhandlungen der Glaser.

Die gewerkschaftlichen Vertreter der Glaser haben vergeblich versucht, mit den Arbeitgebern zu einer Verständigung über eine Erhöhung der Löhne von 1500 auf 1800 M. zu kommen. Ihre Forderung wurde glatt abgelehnt. Auch ein erneuter Versuch zur Fried-

lichen Einigung führte nicht zu diesem Ziel. Am Montag wurde in einer Versammlung von Kurzarbeit über das Resultat berichtet, der anschließend mitteilte, daß jetzt die Entscheidung des Schlichtungsausschusses anrufen ist. Die Verhandlung wird bereits am Mittwoch sein. Es werde sich empfehlen, das Ergebnis dieser Verhandlung abzuwarten und dann weitere Beschlüsse zu fassen. Die hierauf folgende Aussprache ergab das Einverständnis der Versammlung. Von einem starken Solidaritätsgefühl der Glaser zeugt die Mitteilung, daß in kurzer Zeit 268 000 M. für die arbeitslosen Kollegen gesammelt werden konnten.

Nationalsozialistische Arbeiter.

Dem Direktor der Firma Hartwich u. Vogel in Bodenbach in Böhmen (Tschschlowat) haben neun „deutschböhmische“ Glaserarbeiter ein Geheiß überreicht um Vorkauf, natürlich nur für sich selber. In diesem Geheiß an „E. Hochwohlgeb.“ den Chef wies sie darauf hin, daß es ihnen unmöglich sei, mit ihrem Verdienst auszukommen und schrieben:

„Wir glauben hier, wenn es wirklich noch einen Gott gibt, daß er solche Ungerechtigkeiten beseitigen wird, und wir glauben sicher, wenn es noch wirklich „deutsche“ Unternehmer gibt, daß diese ein Herz im Leibe haben und sich fassen werden, um Ihre Arbeiter nicht im Elend untergehen zu lassen.“

Ein ganz wehrwürdiger Gottesglaube! Er unterstellt dem lieben Herrgott, daß er solche Ungerechtigkeiten zulasse und fordert von ihm den Nachweis seiner Existenz durch Beseitigung dieser Ungerechtigkeiten, die die kapitalistische Wirtschaftsordnung geschaffen hat. Solche Blicke von Arbeitern erleichtern ihr dies. Ihr Gottesglaube geht nicht so weit, die Wirkung ihres Appells an ihn abzuwarten. Der Sicherheit halber appellieren sie an das gute Herz wirklich „deutscher“ Unternehmer in der Tschschlowat, ihre Arbeiter nicht „jübelnd“ im Elend verkommen zu lassen. Das Schwarzer schreiben schloß mit dem Satz:

„Wir bitten nochmals Euer Hochwohlgeboren irgend einen Ausweg zu finden, daß die Not doch einiger Mähen nicht unerträglich bleiben wird, denn wenn uns die Not nicht wirklich dazu getrieben hätte, wäre es uns nie und nimmer ein gefallen unserer Herren Chef auf diesem Wege zu belästigen.“

Einer dringenden Hilfe schaffend entgegengehend zeichnen in untertänigster Hochachtung.

Ob man diesen neuen Gelben einen Brocken angeworfen hat, um ihren sehr zweifelhaften Gottesglauben zu stärken und sie sich gefügig zu erhalten nur als Remonierarbeiter der nationalsozialistischen Partei, darüber weiß das sozialdemokratische Organ für das nordwestliche Böhmen, das „Trautenauser Echo“, nichts zu berichten. Solche gelben Brüder glauben ohne gewerkschaftliche Organisation weiter zu kommen, als ihre um günstigere Lohn- und Arbeitsbedingungen kämpfenden Arbeitsgenossen. Selbst wenn sie damit Erfolg hätten, würde kein anständiger Arbeiter sie beneiden anstatt sie zu verachten.

Im Tarifstreit im Berggewerbe konnte bisher zwischen dem Reichsverband der Bankleitungen und den beiden Angestelltenorganisationen, dem Allgemeinen Verband der Deutschen Bankangestellten und dem Kräftigen Bankangestelltenverein, über die Aprilgehälter keine Einigung erzielt werden. Die Entscheidung des Schlichtungsausschusses ist nunmehr angetreten worden. Das Schlichtergesicht wird am Donnerstag im Reichsarbeitsministerium zusammentreten.

Von den Legilarbeitern in Lisse traten nach einer Meldung des Pariser „Temps“ von 12 500 Spinnern 7000 und von 2750 Webern 1000 in den Streik. Heute soll der Streik sämtlicher Legilarbeiter einziehen, etwa 15 000 an der Zahl.

Zur Arbeitslosigkeit in den Vereinigten Staaten als ständige Erscheinung stellt die National Catholic Welfare Council, ein von der katholischen Kirche in den Vereinigten Staaten gegründetes Wohlfahrts- und Unternehmungsamt, auf Grund mehrjähriger Untersuchungen fest, daß von den rund 16 Millionen Lohnempfängern, die es in den Vereinigten Staaten gibt, fast ein Drittel einhalb Millionen arbeitslos sind, daß ein Durchschnitt von 885 000 Arbeitern durch Krankheiten der Arbeit ferngehalten wird und 165 000 ausgespart sind. Nach den Untersuchungen des Welfare Council sind ständig weitere anderthalb Millionen nicht voll beschäftigt; auf den Durchschnitt gerechnet geben in einem Arbeitsjahre von 300 Tagen jedem Arbeiter jährlich 70 Arbeitstage verloren.

Aus der Betriebsrätebewegung.

Die „Betriebsrätezeitung“ des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes und der IFA erscheint jetzt unter der Schrifteleitung von Clemens Kappel. Dieser mußte auch diese Zeitschrift ihrem Umfang auf die Hälfte reduzieren, so daß sie nur noch achtseitig erscheint. So dauernd dies ist, so zeigt doch die vorliegende Nummer 4 deutlich das Bestreben, durch eine strengere Beachtung des Arbeitsfeldes auf die der Betriebsrätebewegung eigenen Aufgaben und durch eingehende sachliche Unterweisung aller derjenigen, die der Tätigkeit des Betriebsrates Interesse entgegenbringen oder sich für diese Tätigkeit heranbilden wollen, den Ausfall wettzumachen. Die Ausgabe enthält neben einigen einleitenden Bemerkungen von Clemens Kappel einen Artikel von Franz Kappel „Betriebsräte als „Kritik“, eine Kritik der Tätigkeit der Betriebsräte unter dem Titel „Kritik an sich in der Betriebsräte“, ferner eine Abhandlung über „Krisenstabilität und Stabilitätsaufbau von Paul Kappel und einer „Kritik an Krise und Nationalisierung der Wirtschaft“ von Armin Gatermann, durchweg Beiträge, deren sachlicher Inhalt zur Fortbildung der Arbeiterkraft und zur Bewegung, bei deren Fortschreiten in der Wirtschaft mitzubestimmen, wesentlich beiträgt. Weitere Artikel und Mitteilungen befaßten sich mit Fragen aus der Praxis des Betriebsrates.

Wählung, 2000. Gratifikation 200. Brunnenschloß. Die Gratifikation wegen um 3 1/2 Uhr ist nicht, wie in der Programmliste mitgeteilt, bei Jakob, Volkst. 22, sondern bei Carus, Volkst. 37.

Wirtschaft

Eine genossenschaftliche Einigungsstelle. Die Spitzenverbände des Genossenschaftswesens, nämlich des Zentralverbandes deutscher Konsumvereine, Hamburg, der Deutsche Genossenschaftsverband Charlottenburg und der Reichsverband deutscher Konsumvereine in Düsseldorf haben zusammen mit dem Reichsverband der deutschen Industrie und dem Zentralverband des deutschen Großhandels die Gründung einer genossenschaftlichen Einigungsstelle beschlossen. Damit ist die Voraussetzung dafür geschaffen, daß auf dem Wege privater Vereinbarung auch die Genossenschaften, die bisher von Produzenten und Händlern beiseite gedrängt oder gar belästigt worden sind, Streitfälle und Beschwerden mit den Spitzenverbänden der Industrie und Handel erledigen. Es die Stelle für den Verbraucher wirksamer werden wird als die bisher schon tätige Kartelleinigungsstelle, muß abgewartet werden. Das Reichswirtschaftsministerium wird an den Verhandlungen dieser Einigungsstelle beteiligt sein.

Die 7-15prozentige Preussische Staatsanleihe von 1923. Der Amlicke Preussische Pressedient schreibt: Die Zeichnungsfrist auf die neue 7-15prozentige Preussische Staatsanleihe läuft am 18. April ab. Soweit sich bisher übersehen läßt, sind die Zeichnungen in recht befriedigender Weise eingegangen. Allem Anschein nach wird die Anleihe außer dem Privatpublikum, besonders von ärteren Anstalten und Verbänden, die gehalten sind, ihr Vermögen ganz oder teilweise mündelsicher anzulegen, in großem Maße gezeichnet. Bei vielen Zeichnern wird die Ermöglichung maßgebend sein, daß die neue Anleihe, die dieselben Sicherheiten bietet, wie die älteren und für die der Preussische Staat mit seinem gesamten Vermögen haftet, infolge der hohen Verzinsung (zurzeit 10 Proz.) sich besser als Anlage eignet, als die früheren Ausgaben, die schon an sich eine geringe, gemessen an dem heutigen Kursstande aber eine kaum ins Gewicht fallende Verzinsung gemäßen. Ein Blick auf den Kurszeitel läßt diesen Gedanken als nur zu berechtigt erscheinen, notieren doch die 8 1/2-prozentigen Preussischen Konfols an der Börse zurzeit 205 Proz., die 7 1/2-proz. Konfols 145 Proz. und die 4-proz. Konfols 105 Proz., die entsprechenden Reichsanleihen sogar 390 Proz., 670 Proz. und eine 175 Proz. Es sind auch Anzeichen vorhanden, daß das Ausland, das sein Interesse bisher den älteren Anleihen im hohen Maße zugewandt und dadurch deren Kurs gesteigert hat, für die neue Anleihe Nachfrage bekundet.

Zusammenschluß süddeutscher Hypothekendarlehenbanken. Nachdem die nord- und mitteldeutschen Hypothekendarlehenbanken sich zwecks Vereinfachung und Erweiterung ihres Geschäftsbetriebes zu Interessengemeinschaften zusammengeschlossen haben, ist ein solcher Zusammenschluß auch für mehrere süd- und westdeutsche Hypothekendarlehenbanken zu bezweifeln. Die Frankfurter Hypothekendarlehenbank in Frankfurt a. M., die Pfälzische Hypothekendarlehenbank in Ludwigshafen a. Rh., die Rheinische Hypothekendarlehenbank in Mannheim, die süddeutsche Bodenkreditbank in München und die Württembergische Hypothekendarlehenbank in Stuttgart haben eine „Arbeitsgemeinschaft Süddeutscher Hypothekendarlehenbanken“ gegründet. Sie umfaßt nach Durchführung der beschlossenen Kapitalerhöhungen ein Aktienkapital von 278,85 Millionen Mark!

Deutschland als Käufer amerikanischer Waren im Jahre 1922. Trotz des Marksturzes ist auch im verfloßenen Jahre Deutschland noch ein starker Käufer für amerikanische Erzeugnisse geblieben. Nach den jetzt vollständig vorliegenden Berichten des Handelsdepartements in Washington über die amerikanische Ausfuhr im Jahre 1922 bezog Deutschland in diesem Jahre aus den Vereinigten Staaten Waren im Werte von 316 113 000 Dollar gegen 372 380 000 Dollar im Jahre 1921; darunter im Monat Dezember für 24 742 000 Dollar (das sind um rund 3 Millionen Dollar mehr als im Dezember 1921). Die amerikanische Ausfuhr nach Deutschland fehlte sich in erster Linie zusammen aus Getreide, Baumwolle, Kupfer und Schmierölen. An Weizen erhielt Deutschland aus den Vereinigten Staaten 10 084 144 Bushels (a 27,2 Kilogramm) im Werte von 12 655 636 Dollar; an Weizenmehl 1 497 230 Barrels (a 25,4 Kilogramm) im Werte von 7 900 409 Dollar; an Roggen, den Deutschland in früheren Jahren kaum je in den Vereinigten Staaten gekauft hatte, 12 627 588 Bushels im Werte von 12 586 274 Dollar. Hinsichtlich der amerikanischen Baumwollausfuhr steht Deutschland als Abnehmer an zweiter Stelle nach England; seine Käufe beliefen sich für 1922 auf 1 254 546 Ballen im Werte von 129 366 147 Dollar gegen 1 523 104 Ballen im Jahre 1921. Als Käufer für amerikanisches Kupfer steht Deutschland an weitaus erster Stelle; seine Kupferkäufe für 1922 beliefen sich auf 190 348 952 englische Pfund im Werte von 26 070 138 Dollar gegen 233 072 479 englische Pfund im Jahre 1921; auch im Dezember 1922 war Deutschland noch mit einer Kupferzufuhr aus den Vereinigten Staaten im Werte von 1 734 769 Dollar der stärkste Käufer für amerikanisches Kupfer.

Jugendveranstaltungen.

Der Ortsausflug für Jugendbörse Resümee veranstaltet heute abend, 1/8 Uhr, in der Aula der Hohenstaufenschule einen Ausabend. Zur Vorbereitung gelangt der Film „Katholiken der Welt“. Eintrittspreise für Jugendliche 100 M. und für Erwachsene 500 M. sind am Sonntagabend zu haben.

Verantwortlich für den Inhalt: Verf. Walter Schiff, Berlin; für Nachdruck: H. Glöck, Berlin. Verlag Gewerkschafts-Verlag G. m. b. H., Berlin. Druck: Hermanns-Buchdruckerei u. Verlagsanstalt Paul Singer u. Co., Berlin. Einzelheft 2 M.

Alte Gebisse auch zerbrochene
pro Zahn 2500, 4000 bis 80 000 Mark
Gold-, Silber-, Silberbruch kaufte zum
Tageskurs Zahn-Ankaufsstelle
B. Zymelski, Weißbühner Str. 32

Möbel
sagen bar und Teilzahlung
kaufen Sie jetzt sehr
billig
Wohn-, Schlaf-, Speise-, Herren-
zimmer, ferner Einzelmöbel,
moderne Küchen, Schränke, Postbetten.
Bis zum 16. d. M. ganz be-
sonders günstige Zahlungs-
bedingungen.
Beisser Lotzinger Str. 67

Gold Silber Platin Brillanten
kauft reell zu
höchsten
Tageskursen
C. Käferle
Uhrmacher - Juwelier
Frankfurter Allee 278

Das
Schulprogramm
der
Sozialdemokratie
v. RICH. LOHMANN
Ein prakt. Handbuch
für Eltern, Lehrer u.
Lehrer, in dem nicht
nur die Forderungen
der Sozialdemokratie
zusammengefaßt
sind, sondern auch die
nächsten Möglichkeiten
zur jährlichen Er-
reichung des Zieles
dargestellt werden.
Preis Grundzahl
M. 0,50

Buchhandlung
Vorwärts
BERLIN SW 68
LINDENSTR. 1

Achtung!!!

Bevor Sie Bekleidungsstücke kaufen, prüfen Sie bitte unsere Preise und Qualitäten!

Wir liefern aus Heeres- und anderen Beständen:

Unterhosen	2100 M.
Mittlerbroches, form. gewendet	7500 M.
MHTRjoppen	10000 M.
Männerstrickjacken	3750 M.
Starke Arbeitshosen	16500 M.
Mittlermäntel	20000 M.
Stoffbroches	13500 M.
Schlafdecken	7500 M.
Fertige Handtücher	900 M.

Ferner:
Anzüge, Schuhwaren, Damen-
und Herrenwäsche, Damenröcke,
Damenmäntel, Stoffe aller Art

zu billigsten Preisen in anerkannt
guten und haltbaren Qualitäten!

Wir gewähren Zahlungsvereinfachung ohne Preisaufschlag

Gold-, Silber-, Platin-Bruch
Brillanten
Zahngelisse zahlt unüberbittbare Preis
R. Felske,
67 Grosse Frankfurter Strasse 67.

Zähne Mark 2000
und 2400

Schriftl. Garantie. Zähne ohne Gumen, Kulante
Zahlungsvorrichtung. Keine Luxuspreise. Gold-
kronen v. 20 000 M. an. Ersatzkronen 4000 M. Zahn-
ziehen m. Betäubung b. Bestell. v. Gebissen gratis

Matvani, Danziger Str. 1
Ecke Schönhauser Allee, Hochbahnstation
Vorzugserhält 10 Prozent Extra-Rabatt. Bis
jetzt über 150 000 Gebisse z. voll. Zufriedenheit geliefert

Reste-Haus
C. Pelz
Kottbuser Str. 5

Anzugstoffe
Kostümstoffe
Mantelstoffe
Kleidstoffe
Seidenstoffe

Mantel, Kostüm
Kleide

2% Rabatt!

Zeitungsblätter
gebündelt, kg 250.
Sow-
lumpen
Wäsche
Sow-
Wäsche
Sow-
Wäsche
Sow-
Wäsche

Die schönsten
Strickjacken
aller Art, Strickkleider, Jumper usw

Blenke's Kinderkleidung
alle nur im Hauptgeschäft Bin-Gantzen
bei Sets in großer Auswahl u. jed. Preisstufe

Bruno Richter
Fabriküberlager
Hilf. Bülmwaren
Kapenberger Str. 47, a. Hof-Schloß, Allee
Bin-Gantzen, Berlin, 361, 362, 3728

Denische Fürsorge
Ein-Verkaufsgesellschaft m. b. H.
Kommanditgesellschaft.

Verkaufsstelle
10: Lange Str. 29, im Schloß, Bahnhof
11: Köpenicker Str. 136, a. d. Köp. Brücke
12: Wilmersdorfer Str. 11, am Götterzer Bahnhof
13: Prinzenallee 81, an der Badstraße

Verlobung
Trauringe
Duk.-Gold 900 gest. v. 25000 M. an
einfache Trauringe, gest. von 6000 M. an.
Fast alle Preislagen am Lager. Namen u. Etui
umsonst. Umarbeitungen und Anfertigungen
von Trauringen bei Goldzugabe in 24 Stunden

Garantiescheine für gesetzl. Goldgehalt!

Trauringfabrik Albert Thal & Co.,
C 19, Seydelstraße 5 (Spittelmarkt).

Restehandlg.
Haarpuder
Goltzstr. 2 a. d. Schar-
wäldchen
Herrg-u-Damenstoffe,
Seiden, Samt,
sämtliche Futtermittel
industriell unter Preis

Das
Gesundheitsbuch der Fr-
von Prof. A. Grotzahn

Mit 100 Abbildungen
Grundpreis 2,00 M. geb.

Buchhandlung Vorwärts
Berlin SW 68, Lindenstr. 1